

Bericht über die Fortbildungsreise nach Portugal vom 4. bis 12. Mai 2019

Verfasser: Mag. Dr. Christian Böhm, LG f Strafsachen Wien, Mitglied des FG-Vorstandes

Die diesjährige Fortbildungsreise der Fachgruppe Europarecht und internationale Richterzusammenarbeit fand vom 4. bis 12. Mai 2019 statt und führte nach Lissabon, Coimbra und Porto.

Dabei standen in Lissabon Termine bei der Portugiesischen Richtervereinigung, der Vereinigung der Portugiesischen Staatsanwälte, am Obersten Gericht, der Justizakademie und der Europäischen Agentur für Sicherheit des Seeverkehrs auf dem Programm. In Coimbra wurde die Fachgruppe in der Einrichtung Casa do Juiz und an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der dortigen Universität empfangen. In Porto wiederum konnten Termine am Rechtsmittelgericht¹ samt Führung durch das im dortigen Justizpalast² eingerichtete Justizmuseum und einer spontanen Klaviervorführung³, an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Porto, im Frauengefängnis Santa Cruz Bispo sowie bei der Justizpolizei wahrgenommen werden.

Touristisch abgerundet wurde die Fachgruppenreise durch Stadtführungen in Lissabon und Porto⁴, einer Führung durch die historischen Gebäude der Universität Coimbra einschließlich der alten Universitätsbibliothek Biblioteca Joanina und Ausflügen nach Belém samt Besichtigung des Mosteiro dos Jerónimos⁵, Sintra und Cabo da Roca, dem westlichsten Punkt Kontinentaleuropas, sowie nach

1 <https://www.trp.pt/>.

2 Das im Monumentalstil errichtete Gebäude wurde 1961 eröffnet und beherbergt zahlreiche, zum Teil auch großflächige Kunstwerke.

3 Die junge Pianistin Inês Costa befand sich gerade zu Proben für ein an diesem Tag im Festsaal des Justizpalastes stattfindendes Klavierkonzert vor Ort und erklärte sich auf Frage des Präsidenten des Rechtsmittelgerichts spontan bereit, das Petrarca-Sonett 104 von Franz Liszt vorzutragen.

4 Einschließlich einer Fahrt mit der städtischen Gondelbahn und einer Bootsfahrt auf dem Douro.

5 Hieronymitenkloster, seit 1983 UNESCO Weltkulturerbe.

Braga und Guimaraes. Aufgrund der Lage des jeweiligen Hotels ergab sich darüber hinaus für die Teilnehmer der Reisegruppe auch die Möglichkeit des Besuchs des Museu Calouste Gulbenkian⁶ in Lissabon sowie des letzten Heimspiels der Saison von Boavista FC gegen Sporting Braga⁷ in Porto.

Besondere Erwähnung sollte die ausgesprochene Gastfreundschaft der Portugiesischen KollegInnen und Gastgeberinstitutionen finden, welche nicht nur im Vorfeld der Reise bei der Organisation des Fachprogramms sehr engagiert und sodann während dieses hochrangig – etwa der Präsident und der Vizepräsident der ASJP, Manuel Soares und José Lopes Barata, der stellvertretende Leiter der Justizakademie, Generalanwalt Dr. Luis Manuel Cunha Silva Pereira, der Präsident des Rechtsmittelgerichts Porto, Dr. Nuno Ângelo Raíno Ataíde das Neves sowie die Leiterinnen des Frauengefängnisses Santa Cruz Bispo und der Rechtsabteilung der EMSA – vertreten waren sowie sich umfassend Zeit für die Fragen der Fachgruppe und deren Betreuung nahmen, sondern die Teilnehmer der Fachgruppenreise auch sowohl in Lissabon als auch Coimbra zum gemeinsamen Essen einluden und ein solches mit Kollegen in Porto organisierten.

Neben der Knüpfung von Kontakten mit (führenden) lokalen Justizvertretern konnten auch bei dieser Reise wieder interessante Einblicke in die Rechtsordnung eines anderen europäischen Staates gewonnen werden, wobei aus dem Fachprogramm aus Österreichischer Sicht hervorzuheben wäre⁸:

- Es existiert ein Oberster Justizrat für die ordentliche Gerichtsbarkeit, ein Oberster Rat der Verwaltungs- und Finanzgerichte für die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit sowie ein Oberster Rat der Staatsanwaltschaften für den Bereich der Staatsanwaltschaften, deren Mitglieder jeweils weniger als zur Hälfte vom jeweiligen Stand gewählt werden, mit Zuständigkeit insbesondere für Ernennungen, Dienstbeschreibungen und Disziplinarverfahren. Da die Mehrheit der Mitglieder jedoch kraft Amtes oder durch Exekutive oder Legislative bestimmt ist, wird die Zuständigkeit für Ernennungen – und nicht (wie aus Österreichischer Perspektive vielleicht eher erwartbar) die Weisungsbefugnis (in Justizverwaltungssachen) – als Problem der (richterlichen) Unabhängigkeit in der Praxis angesehen;

6 <https://gulbenkian.pt/museu/willkommen/>. Der Namensgeber (1869 bis 1955), armenischer Herkunft, wurde durch den Erwerb und Verkauf von Ölschürfrechten im Nahen Osten zum bei seinem Tod reichsten Mann der Welt. Die nach ihm benannte Stiftung verwaltet das im Jahr 1969 eröffnete Museum, in dem ua seine umfangreiche Kunstsammlung zur Schau gestellt wird.

7 Dieses konnte die elftplatzierte Heimmannschaft gegen den Tabellenvierten mit 4:2 für sich entscheiden.

8 Die nachstehenden Informationen stammen aus den Gesprächen der Fachgruppe mit den Vertretern der Gastinstitutionen und vor Ort erhaltenen Broschüren, ergänzend wurden – auch zur besseren systematischen Darstellung – insbesondere die nachfolgend angeführten websites der Institutionen sowie <https://e-justice.europa.eu/>, <https://justica.gov.pt> sowie <http://www.rathenau.com/> bzw. <http://www.anwalt-portugal.de/> konsultiert, auf denen auch weiterführende Informationen abrufbar sind.

- Die Generalstaatsanwältin ist die staatsanwaltschaftliche Weisungsspitze, sie ist dem Parlament verantwortlich. Der Justizminister hat in Strafsachen kein Weisungsrecht, jedoch kann er im Einzelfall Berichte abfordern. Eine Berichtspflicht aus eigenem ist jedoch nicht vorgesehen;
- Rechtsmittel gegen Verwaltungsstrafbescheide gehen an die ordentlichen Gerichte, dort vertreten die Staatsanwaltschaften die Anklage in einem Verfahren nach der StPO. Staatsanwaltschaften haben auch im Zivilverfahren eine weite Zuständigkeit, sie können für den Staat als Parteienvertreter tätig werden, darüber hinaus sind sie zur Vertretung der Interessen des Kindes zwingend im Obsorge- und Unterhaltsverfahren zu beteiligen, in Arbeitsrechtssachen kann der Arbeitnehmer sich von ihnen vertreten lassen, wobei sie in beiden Fällen strikt zur Objektivität verpflichtet sind;
- Die Ausbildung der Richter der ordentlichen Gerichte, der Verwaltungs- und Finanzgerichte sowie Staatsanwälte wird durch die Justizakademie, jedoch in voneinander getrennten Curricula durchgeführt, auf ein Jahr theoretischen Unterricht folgt ein Praxisjahr bei Gericht oder Staatsanwaltschaft und sodann – iaR ohne jegliche Wartezeit – die Ernennung auf eine Planstelle. Die Aufnahme wird durch die Justizakademie selbst entschieden, der fachliche (nicht jedoch der psychologische) Aufnahmetest kann beliebig oft wiederholt werden, eine namhafte Anzahl der Aufgenommenen weist eine vorherige Berufspraxis als Rechtsanwalt auf;
- Der getrennten Ausbildung folgt ein getrennter Berufsweg von Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit und von Staatsanwälten, nur am Obersten Gericht sind verpflichtend neben Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit auch Staatsanwälte und andere Juristen (Universitätsprofessoren und Rechtsanwälte) zu ernennen;
- An den Universitäten – neben der 1290 gegründeten in Coimbra wurden erst 1911 weitere geschaffen – erfolgt der Unterricht grundsätzlich in Portugiesisch, Prüfungen können jedoch auch in Englisch, allenfalls auch in einer anderen Sprache, die der Lehrveranstaltungsleiter beherrscht, absolviert werden. Neben dem juristischen Vollstudium werden auch weitere Studien an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten – etwa Staats- und Verwaltungsrecht, Kriminologie – angeboten. Abschlüsse folgen dem dreistufigen Bologna-System;
- Die portugiesische Rechtsordnung gehört zum romanischen Rechtskreis, jedoch ist auf akademischer Ebene insbesondere im Zivilrecht der Einfluss des Deutschen Rechts groß;
- Portugal schuf als erster Staat weltweit die Todesstrafe im ordentlichen Verfahren ab, heute beträgt die Höchststrafe 25 Jahre, wobei eine bedingte Entlassung – dies gilt nicht für die Unterbringung zurechnungsunfähiger geistig abnormer Rechtsbrecher – nach fünf Sechstel der Strafe zwingend ist;

- Seit 2013 werden Zeugenaussagen lediglich auf Audiodatei aufgenommen, im Protokoll finden sich nur die Daten des Vernommenen;
- Im Zivilprozess findet ein Kostenersatz nur eingeschränkt statt;
- Im Strafverfahren stellen Aussagen vor einem Polizeibeamten kein Beweismittel dar und müssen ehestmöglich vor einem Staatsanwalt oder Richter wiederholt werden;
- Aus den Erlösen der ersten – und offenbar jahrelang einzigen – Entscheidungssammlung wurde das im Rahmen der Portugiesischen Richtervereinigung betriebene Altersheim Casa do Juiz finanziert, welches heute ein allgemeines Altersheim und juristisches Veranstaltungszentrum darstellt;
- Kriminalpolizeiliche Aufgaben betreffend schwerer Kriminalität werden durch eine eigene Justizpolizei wahrgenommen, sie ressortiert – im Gegensatz zu anderen polizeilichen Einheiten – zum Justizministerium. Versuche, sie dem Innenressort zu unterstellen, konnten mit dem Hinweis auf die Sensibilität der vorhandenen Daten unterbunden werden;
- Im Strafvollzug scheint die Aus- und Fortbildung der Insaßen – gegebenenfalls auch bis zum Universitätsabschluss – ein in der Praxis tatsächlich auch gelebter Schwerpunkt zu sein. Kinder bis fünf Jahre können bei ihrer inhaftierten Mutter verbleiben, ihnen wird ein durchaus aufwändiges Betreuungsprogramm etwa mit – zum Teil auch täglichen – Ausflügen zuteil.
- Der Rechnungshof gilt als eigene Sparte der Gerichtsbarkeit, seine Mitglieder werden folglich als (Höchst-)Richter angesehen.
- Nur zehn Mitglieder des Verfassungsgerichts werden vom Parlament gewählt, diese kooptieren drei weitere Mitglieder. Präsident und Vizepräsident werden von den Höchststrichern aus ihrer Mitte in geheimer Wahl bestimmt.
- Es existieren sogenannte „Golden Visa“ für Angehörige von Drittstaaten, für eine Investition von mindestens €500.000 in Portugiesische Immobilien erhält man einen im gesamten Schengen-Raum gültigen Aufenthaltstitel für fünf Jahre, welcher letztlich zum Erwerb der Staatsbürgerschaft führt.

Allgemeines

Das Königreich Portugal wurde im 12. Jahrhundert gegründet, 1910 kam es zum Sturz der Monarchie und Gründung der Ersten Portugiesischen Republik. Ab 1926 folgte der autoritäre Estado Novo⁹, welcher durch die Nelkenrevolution vom 25. April 1974 gestürzt und durch die demokratische Dritte Republik abgelöst wurde. Die aktuelle Verfassung stammt aus 1976¹⁰, Staatsoberhaupt ist der auf fünf Jahre in allgemeinen und direkten Wahlen gewählte Präsident der Republik¹¹.

Anfangs neutral, trat Portugal im März 1916 auf Seiten der Entente in den ersten Weltkrieg ein. Im Spanischen Bürgerkrieg wurde Franco unterstützt, im zweiten Weltkrieg blieb Portugal zwar neutral, erlaubte jedoch den Alliierten im Herbst 1943 die Einrichtung von Militärbasen auf den Azoren. Ab 1960 begann der Kolonialkrieg in Angola und Mosambik, der mit Wehrpflichtigen geführt wurde, viele Menschenleben und bis zu 50 % des Staatshaushaltes kostete. Mit Unterstützung der unzufriedenen Bevölkerung kam es am 25. April 1974 zum weitgehend unblutigen Putsch¹² durch die Movimento das Forças Armadas¹³, der nicht nur zur dritten Republik sondern auch – bis auf Macau¹⁴ – zur Unabhängigkeit der portugiesischen Überseeprovinzen führte¹⁵.

Portugal ist Gründungsmitglied der NATO (1949) und der OECD (1948), darüber hinaus Mitglied der Vereinten Nationen (1955) und des Europarats (1976). Gemeinsam mit Spanien trat es 1986 den Europäischen Gemeinschaften bei, ist seit 1991 Teil des Schengen-Raums und von Beginn an in der Eurozone.

Portugal hat etwa 10,6 Millionen Einwohner und eine Fläche von 92.212 km². Im Norden und Osten weist es eine 1.214 km lange Grenze mit Spanien auf, im Westen und Süden wird es vom Atlantischen Ozean begrenzt, dort findet sich mit Cabo da Roca auch der westlichste Punkt Kontinentaleuropas. Zu Portugal gehören auch die Inselgruppen Madeira und Azoren, auf letztgenannter findet sich auch der

9 Von 1928 bis 1968 unter Führung des 1889 geborenen Antonio de Oliveira Salazar. Eigentlich Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Coimbra, wurde er 1928 mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteter Finanzminister und war von 1932 bis 1968 Ministerpräsident bzw. 1951 kurzfristig Präsident von Portugal. Er verstarb 1970.

10 Mit einer größeren Reform 1982 und späteren kleineren Änderungen.

11 Presidente da Republica.

12 Lediglich vier Demonstranten starben durch Schüsse regimetreuer Truppen.

13 Bewegung der Streitkräfte. Mitglieder waren vornehmlich junge Offiziere der unteren Ränge.

14 Dieses blieb bis 1999 portugiesische ÜberseeProvinz.

15 Damit verbunden war 1975 freilich auch eine Fluchtwelle aus Angola und Mosambik insbesondere in den Großraum von Lissabon.

höchste Berg Portugals¹⁶. Die wichtigsten Flüsse Portugals, Tejo und Douro, entspringen in Spanien als Tajo und Duero, an ihnen liegen auch die beiden größten Städte Lissabon¹⁷ und Porto¹⁸.

Portugal ist in sprachlicher, ethnischer und religiöser Hinsicht ein weitgehend homogenes Land. War es im 20. Jahrhundert lange ein Auswanderungsland, so wurde es seit dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften 1986 zum Einwanderungsland, wobei die Zuwanderer mehrheitlich aus den ehemaligen Kolonien in Afrika¹⁹ und Südamerika²⁰ sowie aus Osteuropa stammen. Darüber hinaus dürften Bürger anderer EU-Staaten, die in Portugal ihren Ruhestand verbringen, ein Thema sein. So werden Rentnern und anderen zugezogenen Bürgern von EU-Staaten erhebliche Steuervorteile gewährt, etwa sind Pensionszahlungen aus dem Ausland steuerbefreit, auch verzichtet Portugal auf die Besteuerung von Einkommen, das im Ausland erzielt wird. Für Angehörige von Drittstaaten existiert das „Golden Visa“: Wer für zumindest € 500.000,-- in Portugal Immobilien erwirbt und für mindestens fünf Jahre behält, erhält einen auf diese Zeit befristeten Aufenthaltstitel für den Schengen-Raum²¹. Nach fünf Jahren kann der Investor eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und ein Jahr später auch die portugiesische Staatsbürgerschaft beantragen.

Der Präsident der Republik ernennt den Premierminister, auf dessen Vorschlag die Mitglieder der Regierung sowie auf Vorschlag der Regierung ua den Präsidenten des Rechnungshofes und die Generalstaatsanwältin. Ohne Zustimmung des Parlaments²² darf er das Land nicht verlassen. Die portugiesische Regierung besteht aus dem Premierminister und den Ministern²³ sowie aus Staatssekretären und Unterstaatssekretären²⁴. Das Parlament besteht aus einer Kammer mit 180 bis 230 Abgeordneten. Sie wird nach dem Verhältniswahlrecht für vier Jahre gewählt, wobei eine vorzeitige Auflösung nicht während der ersten sechs Monate nach der Wahl und im letzten Halbjahr

16 Ponta do Pico, 2.351 m.

17 Lebten im eigentlichen Stadtgebiet um 1980 noch über 800.000 Einwohner, so sind es heute nur mehr etwa 500.000 Einwohner. Im Großraum Lissabon leben freilich mit rund 3 Millionen Menschen etwas weniger als ein Drittel der Bevölkerung Portugals. Lissabon ist Sitz zweier Agenturen der Europäischen Union und der Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder (CPLP). 1994 war Lissabon Kulturhauptstadt Europas, 1998 fand die Weltausstellung Expo 98 statt. Die Stadt wurde auch 2000 Namensgeberin der Lissabon Strategie und 2009 des Vertrags von Lissabon.

18 Etwa 240.000 Einwohner im Stadtgebiet und 1,76 Millionen in der Metropolregion.

19 Angola, Kap Verde und Guinea-Bissau.

20 Brasilien.

21 Eine Pflicht zum tatsächlichen Aufenthalt des Investors in Portugal besteht lediglich für wenige Tage pro Jahr.

22 Assembleia da Republica; Versammlung der Republik.

23 Diese bilden den Ministerrat, der die Grundzüge der Regierungspolitik und ihre Durchführung festlegt.

24 Die Amtszeit der (Unter-)Staatssekretäre endet mit jener des jeweiligen Ministers.

der Amtszeit des Präsidenten der Republik möglich ist. Regierungsmitglieder scheiden als Abgeordnete aus, Abgeordnete verlieren ebenso ihr Mandat, wenn sie sich einer anderen Partei anschließen.

Portugal ist administrativ in das aus 18 Distrikten bestehende Kontinentalportugal und die zwei Autonomen Regionen Azoren und Madeira²⁵ gegliedert. Darunter bestehen knapp über 300 Kreise, unter diesen etwas über 3000 Gemeinden²⁶. Daneben ist Kontinentalportugal in fünf Regionen²⁷ aufgeteilt, diese habe aber nur statistische, nicht jedoch administrative Bedeutung.

Neben der jeweils dreistufig aufgebauten ordentlichen und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie der (einstufigen) Verfassungsgerichtsbarkeit²⁸ sieht die Portugiesische Verfassung seit 1989 auch den Rechnungshof²⁹ als eigene Sparte der Gerichtsbarkeit vor³⁰.

25 Diesen Status erlangten sie 1980 bzw. 1976, in den Autonomen Regionen, nicht aber am Festland, gibt es auch regionale gesetzgebende Versammlungen, darüber hinaus Regionalregierungen sowie eine Art Regionalpräsident. Die Bürger der Autonomen Regionen nehmen aber auch an den Wahlen zum Portugiesischen Parlament teil.

26 Azoren: drei Distrikte, 19 Kreise; Madeira: ein Distrikt, elf Kreise.

27 Regiao Norte (Region Nord) mit Porto, Regiao Centro (Region Mitte) mit Coimbra, Regiao de Lisboa (Region Lissabon), Alentejo (umfasst circa ein Drittel Kontinentalportugals) und Algarve.

28 Das Verfassungsgericht (Tribunal Constitucional de Portugal; <http://www.tribunalconstitucional.pt/tc/en/home.html>) wurde 1982 geschaffen, hat seinen Sitz in Lissabon und verfügt über Budgethoheit. Es besteht – einschließlich seines Präsidenten – aus 13 Richtern (derzeit fünf Frauen). Die einmalige Amtszeit beträgt neun Jahre, sechs Richter müssen zuvor Justiz- oder Verwaltungsrichter gewesen sein, die übrigen ein rechtswissenschaftliches Studium abgeschlossen haben. Zehn Richter werden durch das Parlament mit jeweils Zwei-Drittel-Mehrheit gewählt, diese kooptieren sodann (mit mindestens sieben Stimmen) die weiteren drei Mitglieder. Die Gesamtheit der Mitglieder des Verfassungsgerichts wählt den Präsidenten und Vizepräsidenten (ohne vorhergehende Debatte), wobei der Präsident neun Stimmen und der Vizepräsident acht Stimmen erreichen muss. Der Präsident des Verfassungsgerichts ist in die Organisation von Wahlen eingebunden.

29 Tribunal de Contas; <https://www.tcontas.pt/>.

30 Die Hauptaufgabe des Rechnungshofes liegt in der Prüfung der Rechtmäßigkeit der öffentlichen Ausgaben, er ist aber auch zur Bewertung von Verwaltungshandeln nach den Kriterien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit berufen. Zur Sicherung seiner Unabhängigkeit verwaltet er sich selbst und verabschiedet selbst seinen jährlichen Haushalt. Sein Präsident wird durch den Präsidenten der Republik auf Vorschlag der Regierung ernannt, sein Vizepräsident wird von der Vollversammlung der Mitglieder aus ihrem Kreis in geheimer Abstimmung gewählt. Entsprechend dieses nationalen Selbstverständnisses als nationales (Höchst-)Gericht legte das Oberste Verwaltungsgericht in einem Verfahren, das die *Associacao Sindical dos Juizes Portugueses (ASJP)* als gewerkschaftliche Vertretung von Mitgliedern des Rechnungshofes angestrengt hatte, dem EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens die Frage vor, ob die ab Oktober 2014 geltende vorübergehende Kürzung der Bezüge mit der richterlichen Unabhängigkeit vereinbar sei. In C-64/16, *Associacao Sindical dos Juizes Portugueses/Tribunal de Contas* bejahte dies – unter gleichzeitiger Betonung einer der Bedeutung der ausgeübten Funktionen entsprechenden Vergütung als wesentliche Garantie für die richterliche Unabhängigkeit – der

Gerichtsorganisation

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit bestehen – wie in der Verwaltungsgerichtsbarkeit³¹ – drei Gerichtstypen, das Oberste Gericht³², fünf Rechtsmittelgerichte³³ und (seit 2014) 23 erstinstanzliche Gerichte³⁴.

Supremo Tribunal de Justica³⁵

Das Oberste Gericht hat seinen Sitz in Lissabon, das Gerichtsgebäude, errichtet unter dem ersten Minister Marques de Pombal³⁶ nach dem Erdbeben vom 1. November 1755, wurde zur Zeit des

EuGH, da es sich in concreto um allgemeine, den gesamten öffentlichen Dienst (auch einschließlich der Gesetzgebung) treffende vorübergehende Maßnahmen zur Kürzung von Bezügen handelte und diese mit der Notwendigkeit des Abbaus eines übermäßigen Haushaltsdefizits zur Erlangung eines Finanzhilfeprogramms der Union zusammenhingen. Da dies zu beurteilen Sache des vorliegenden nationalen Gerichts sei, konnte der EuGH dahingestellt lassen, ob es sich beim Tribunal de Contas auch aus europarechtlicher Sicht um ein Gericht handelt.

31 Die Verwaltungsgerichtsbarkeit besteht aus den erstinstanzlichen Verwaltungs- und Finanzgerichten, den beiden Zentralen Verwaltungsgerichten (für den Norden und Süden des Landes) und dem Obersten Verwaltungsgericht (Supremo Tribunal Administrativo) mit landesweiter Zuständigkeit. Das Oberste Verwaltungsgericht und die beiden Zentralen Verwaltungsgerichte sind in Kammern für Verwaltungs- und Finanzsachen unterteilt, auch bei den erstinstanzlichen Gerichten findet sich diese Trennung (tribunal administrativo e fiscal) oder die Trennung der Materien führt sogar zur organisatorischen Eigenständigkeit (tribunais de circulo, Bezirksverwaltungsgericht bzw. tribunal tributario, Finanzgericht).

32 Supremo Tribunal de Justica.

33 Tribunais da relacao; Diese haben ihren Sitz in Lissabon (auch zuständig für die Autonomen Regionen Madeira und Azoren), Porto, Guimaraes, Coimbra und Evora (zuständig für die Algarve).

34 Tribunais da Comarca; Bis zur Reform 2014 existierten 231, die nunmehrigen 23 erstinstanzlichen Gerichte orientieren sich an den Grenzen der Distrikte und finden sich in der Distrikthauptstadt, wobei offenbar viele der früheren erstinstanzlichen Gerichte als Außenstellen bestehen blieben. Daneben gibt es Schiedsgerichte (tribunais arbitrais) und sogenannte Friedensgerichte (julgados de paz), die eine Art allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit bei – nicht familien-, erb- und arbeitsrechtlichen – Leistungsbegehren mit einem Streitwert bis (seit 2013) € 15.000,-- mit vorangehender Mediation und (eingeschränkter) Rechtsmittelmöglichkeit an das Gericht erster Instanz gegen das Schiedsurteil zu sein scheinen. Diese Friedensgerichte werden durch den Staat und lokale Behörden co-finanziert (public-public-partnership). Für die Dauer eines Kriegszustandes können auch Militärgerichte eingerichtet werden.

35 <https://www.stj.pt/>.

36 Sebastiao José de Carvalho e Melo, 1699 bis 1782, ab 1756 Erster Minister Portugals unter König Josef I., seit 1769 Marqués de Pombal. Sein aufklärerisches Reformprogramm stieß jedoch auf Widerstand der katholischen Kirche und von Teilen des Hochadels, was 1758 zu einem Attentat auf Josef I. führte. Pombal war in zweiter Ehe mit einer Österreicherin verheiratet und bestimmte selbst über den Standort des Gerichtsgebäudes. Der von ihm im Gebäude benutzte Sessel findet sich – außerhalb der Renovierung – vor dem Festsaal ausgestellt.

Besuchs der Gruppe umfangreich renoviert³⁷, lediglich der Festsaal³⁸ samt einem Sitzungszimmer, und die zu ihr führende Prunkstiege³⁹ sind für Empfänge zugänglich. Das Oberste Gericht selbst wurde erst 1833 unter der Herrschaft von Königin Maria II.⁴⁰ eingerichtet, sein erster Präsident war sodann noch zwei weitere Male in dieser Funktion, derzeit amtiert der 38. Präsident des Obersten Gerichts. Seit 1974 wird der Präsident und seine beiden Stellvertreter durch die Richter des Obersten Gerichts aus ihrem Kreis für eine fünfjährige, nicht erneuerbare Amtszeit gewählt.

Derzeit sind am Obersten Gericht 60 Höchstrichter ernannt, zehn Richter der ersten Instanz sind als juristische Mitarbeiter dienstzugeteilt⁴¹. Von den 60 Höchstrichtern sind 16 Frauen, erst 2004 wurde die erste Frau als Höchstrichterin ernannt⁴², seit November 2018 ist die erste Frau Vizepräsidentin. Das Pensionsalter beträgt 70 Jahre, der Richterrat kann die aktive Dienstzeit jedoch (wiederholt) um ein Jahr verlängern.

Es sind vier Kammern für Zivilrecht, zwei für Strafrecht, eine für Arbeits- und Sozialrecht⁴³ sowie eine als Rechtsmittelinstanz gegen Entscheidungen des Obersten Justizrats eingerichtet⁴⁴. In

37 Das Ausweichquartier des Obersten Gerichts befindet sich im Kloster des Hl. Patrick in der Nähe der Burg (Castelo Sao Jorge).

38 In diesem findet die Zeremonie zur Eröffnung des Gerichtsjahrs unter Vorsitz des Präsidenten der Republik im Beisein des Präsidenten und der Kammerpräsidenten des Obersten Gerichts statt.

39 Hier findet sich seit 2008 auch eine die ganze Breite der Stiege abdeckende Glasplatte mit den Namen sämtlicher Richter des Obersten Gerichts seit seiner Gründung.

40 1819 bis 1853, älteste Tochter des späteren Kaisers Peter I. von Brasilien und dessen erster Gattin Maria Leopoldine von Österreich, von 1826 bis 1828 und von 1834 bis 1853 Königin von Portugal. Nach dem Tod ihres Großvaters Johann VI. wurde ihr Vater 1826 auch König von Portugal, verzichtete jedoch noch im selben Jahr zu ihren Gunsten auf den Portugiesischen Thron. Dieser wurde 1828 von ihrem Onkel Michael – zuvor im Wiener Exil gewesen – usurpiert, der jedoch in den bis 1834 andauernden Miguelistenkriegen besiegt, wobei Lissabon bereits 1833 zurückerobert werden konnte. Quasi anekdotenhaft wurde im Übrigen erwähnt, dass in der Zeit der Gründung des Obersten Gerichts unter Herrschaft einer Königin nur (volljährige) alleinstehende Frauen, Nonnen und Witwen sich selbst vertreten durften, verheiratete Frauen jedoch durch ihren Mann repräsentiert wurden. Freilich wurde 1833 die Regentschaft durch ihren Vater, der aufgrund innenpolitischer Probleme 1831 zugunsten seines einzigen Sohnes als Kaiser Brasiliens abgedankt hatte, ausgeübt. Maria II. wurde erst 1934 für volljährig erklärt und übernahm damit selbst die Herrschaft Portugals.

41 Dagegen gibt es am Verfassungsgericht nicht-richterliche wissenschaftliche Mitarbeiter.

42 Ihr zu Ehren wurde auch ein Denkmal errichtet.

43 Auch an den Rechtsmittelgerichten bestehen Kammern für Zivil-, Straf-, und Arbeits- und Sozialsachen.

44 In einer Zivilrechtskammer sind jeweils neun, in einer Strafrechtskammer jeweils sieben oder acht, in der Kammer für Arbeits- und Sozialrecht sechs Richter tätig, wobei ein Richter mehreren Kammern zugeteilt sein kann. Die als Rechtsmittelinstanz für Entscheidungen des Obersten Justizrats eingerichtete Kammer steht unter dem Vorsitz des dienstälteren Vizepräsidenten, in ihr sind jeweils ein Richter jeder Kammer – jährlich nach dem Dienstalter wechselnd – tätig.

Militärstrafsachen entscheidet das Oberste Gericht unter Beiziehung von Militärrichtern. Grundsätzlich sind Entscheidungen in 3-Richter-Senaten vorgesehen, Akten werden nach dem Zufallsprinzip über ein Computerprogramm an den jeweiligen Berichterstatter zugeteilt.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer beträgt in Zivilsachen vier bis sechs Monate, in Strafsachen (aufgrund der Haftsachen) zwei bis drei Monate und im Arbeitsrecht ebenso zwei bis drei Monate. 2018 fielen im Zivilbereich 2671 (Strafrecht: 968; Rechtsmittel gegen Entscheidungen des Richterrats: 58) Akten an, konnten 2513 (945; 58) abgeschlossen werden und blieben 358 (152; 36) offen⁴⁵. Sämtliche Entscheidungen des Obersten Gerichts sind archiviert und einsehbar⁴⁶.

Im Verfahren vor dem Obersten Gericht besteht Anwaltpflicht, eine mündliche Verhandlung wird durch schriftliche Eingaben vorbereitet. Das Oberste Gericht kann lediglich wegen Rechtsfragen angerufen werden, darüber hinaus ist die Revision in Strafsachen nur bei behaupteter Verletzung grundlegender Rechte und einer (verhängten) Strafe von mehr als fünf bzw. – bei Bestätigung der erstinstanzlichen Entscheidung durch das Rechtsmittelgericht – acht Jahren zulässig. In Zivilsachen muss der Streitwert €30.000,- übersteigen, darüber hinaus ist die Revision unzulässig, wenn erste und zweite Instanz die Rechtsfrage übereinstimmend gelöst haben. Im letzteren Fall kann das Oberste Gericht die Revision im Falle des Vorliegens einer Rechtsfrage von erheblicher Bedeutung trotzdem zulassen⁴⁷.

Conselho Superior da Magistratura⁴⁸ (Oberster Justizrat)

Entsprechend der Unterteilung in ordentliche und Verwaltungs- (einschließlich der Finanz-) Gerichtsbarkeit existiert neben dem Obersten Justizrat auch ein Oberster Rat der Verwaltungs- und Finanzgerichte⁴⁹. Der Oberste Justizrat besteht aus 17 Mitgliedern, sieben werden vom Parlament gewählt, zwei vom Staatspräsidenten ernannt. Dazu kommt der Präsident des Obersten Gerichts kraft Amtes und sieben Wahlmitglieder⁵⁰. In die Zuständigkeit des Obersten Justizrats fallen grundsätzlich

45 In der arbeits- und sozialrechtlichen Zuständigkeit dürften etwa 300 Fälle angefallen und ebenso erledigt worden sein.

46 Seine erste Entscheidung hatte freilich nur einen Umfang von zehn Zeilen.

47 Darüber entscheidet ein Höchstrichter als Einzelrichter, über das dagegen mögliche Rechtsmittel ein Senat bestehend aus den drei dienstältesten Zivilrichtern. Falls die Entscheidung nicht einstimmig ausfällt, übernimmt der dienstälteste der Dreien die Berichterstattung und – nach neuerlicher Diskussion und Abstimmung – die Entscheidungsausfertigung.

48 Oberster Justizrat; <https://www.csm.org.pt/>.

49 Conselho Superior dos Tribunais Administrativos e Fiscais; www.cstaf.pt/.

50 Vier Mitglieder werden von den Richtern der Gerichte erster Instanz, zwei von den Richtern der Rechtsmittelgerichte und einer von den Richtern des Obersten Gerichts gewählt, letzterer ist auch stellvertretender Vorsitzender des Obersten Justizrats.

die Ernennungen der Richter auf Planstellen⁵¹ und die innere Revision der Gerichte samt Dienstbeschreibungen⁵². Er ist auch Disziplinargericht über Richter, gegen Disziplinarmaßnahmen ist ein Rechtsmittel an das Oberste Gericht zulässig. Das Budget der Justiz wird vom Justizministerium verwaltet, der Oberste Justizrat hat zwar ein eigenes Budget, welches jedoch von der Regierung festgesetzt wird⁵³.

Von den Gesprächspartnern der Fachgruppe wurde – ohne die bestehende Gesetzeslage⁵⁴ in Frage zu stellen – die Sicherstellung der richterlichen Unabhängigkeit in der Praxis als Problem thematisiert, offenbar bestehen zwischen den Mitgliedern des Obersten Justizrates oftmals erhebliche Meinungsunterschiede, die Weisungsbefugnis des Obersten Justizrates in der Justizverwaltung – gerade gegenüber den durch ihn ernannten Präsidenten der erstinstanzlichen Gerichte – wurde als in der Praxis problematisch angesehen. Während Richter in der Praxis vor 1974 relativ unabhängig, da als nicht bedeutend angesehen, waren und nach der Revolution hier ein starkes Bewusstsein innerhalb der Richterschaft herrschte und die Unabhängigkeit quasi erkämpft wurde, sei das Thema bei den jüngeren Kollegen aus Sicht der Gesprächspartner der Fachgruppe zu wenig präsent. Dabei wurde weniger das Weisungsrecht sondern vielmehr die Frage der Zuständigkeit für Ernennungen als Schlüsselfaktor für die Unabhängigkeit in der Praxis genannt.

Exkurs: Associacao Sindical dos Juizes Portugueses (ASJP)⁵⁵

In der Portugiesischen Richtervereinigung sind mit etwa 2.100 RichterInnen rund 90 % der RichterInnen Mitglied⁵⁶, sie umfasst sämtliche innerstaatlich als Richter angesehene Personen⁵⁷. Es existiert lediglich eine Organisation, die Ende 1975 in Pombal durch die Fusionierung der beiden ein Jahr zuvor in Lissabon bzw. Porto gegründeten Vereinigungen entstand⁵⁸.

51 Während die Präsidenten der Gerichte erster Instanz vom Richterrat ernannt werden, werden allerdings die Präsidenten der Rechtsmittelgerichte von deren Richtern aus ihrer Mitte gewählt.

52 Dies erfolgt alle fünf Jahre.

53 Sinngemäß dürfte für den Obersten Rat der Verwaltungs- und Finanzgerichte gelten.

54 Mit der man freilich noch zu wenig Erfahrung habe, da die einschlägigen Bestimmungen offenbar vor kurzem novelliert wurden.

55 www.asjp.pt/.

56 Praktisch erfolgt der Beitritt iaR bereits während der Ausbildungszeit in der Justizakademie.

57 Neben den Verwaltungs- und Finanzrichtern sind dies etwa auch die Mitglieder des Rechnungshofes.

58 Dabei sah sich die in Porto gegründete Vereinigung eher als gewerkschaftliche Vertretung an, diese Funktion – wenngleich man sich heute nicht als Gewerkschaft sieht – dürfte noch heute in der ASJP (nicht nur im Namen) präsent sein; siehe oben EuGH, Rechtssache C-64/16, *Associacao Sindical dos Juizes Portugueses/Tribunal de Contas*.

Staatsanwaltschaftliche Organisation

An der Spitze der staatsanwaltschaftlichen Organisation⁵⁹ steht die Generalstaatsanwaltschaft⁶⁰, aktuell wieder unter Leitung einer Generalstaatsanwältin. Sie wird durch den Präsidenten der Republik aus einem Dreierorschlag auf sechs Jahre ernannt⁶¹ und kann durch das Parlament mit qualifizierter Mehrheit abgesetzt werden.

Die Generalstaatsanwältin ist Weisungsspitze, der Justizminister hat grundsätzlich kein Weisungsrecht. Vorgesehen, praktisch jedoch nicht relevant ist das Remonstrationsrecht⁶² und die Möglichkeit, im Fall von Gewissensgründen den Akt abzugeben⁶³. Eine Pflicht zur Berichterstattung aus eigenem existiert grundsätzlich nicht⁶⁴, freilich können im Einzelfall Berichte abgefordert werden. Auch berichtet die Generalstaatsanwältin an das Parlament.

Im Verwaltungsstrafrecht wird das Verfahren aufgrund eines Rechtsmittels gegen einen Strafbescheid vor den ordentlichen (Straf-)Gerichten nach der StPO geführt, hier vertritt die Staatsanwaltschaft die Anklage.

Die Staatsanwaltschaft vertritt den Staat aber auch außerhalb des Strafrechts als Parteienvertreter in Zivilsachen⁶⁵ bzw. soweit in Zivilsachen staatliche Interessen⁶⁶ betroffen sind, in diesem Bereich besteht ein Weisungsrecht des Justizministers sowie eine laufende Berichtspflicht vor weiteren Verfahrenshandlungen.

Arbeitnehmer können sich in Arbeitsrechtssachen durch die – allerdings zur Objektivität verpflichtete – Staatsanwaltschaft⁶⁷ oder einen gewählten Rechtsanwalt vertreten lassen, sie können jedoch auch

59 Vgl. www.ministeriopublico.pt/.

60 Procuradoria-Geral da Republica.

61 Offenbar scheint strittig, ob eine neuerliche Ernennung zulässig ist.

62 Dabei sind die rechtlichen Bedenken schriftlich zu formulieren.

63 Als praktisch vorkommende Fälle wurden diversionelle Einstellungen durch den erstinstanzlichen Staatsanwalt genannt, bei denen die Verfahrensfortsetzung angeordnet wurde.

64 Eine Ausnahme dürfte im Bereich der Abgabenhinterziehung bestehen, bei der die Bezahlung der Abgabenschuld bis zu einem bestimmten Zeitpunkt und nur mit Zustimmung der staatsanwaltschaftlichen Oberbehörde zur Einstellung des Strafverfahrens führt.

65 Eine der österreichischen Finanzprokuratur vergleichbare Einrichtung besteht nicht, die Vertretung des Staates in Zivilverfahren scheint jedoch immer mehr durch beauftragte Rechtsanwälte zu geschehen.

66 Etwa im Bereich des Umwelt- und Konsumentenschutzes.

67 Ausfluss der Verpflichtung zur Objektivität ist auch, dass die Staatsanwaltschaft hier die Übernahme des Mandats ablehnen kann.

einen Antrag auf Verfahrenshilfe⁶⁸ stellen⁶⁹. Ähnlich ist die Vertretung des Kindes im Obsorge- und Unterhaltsverfahren⁷⁰, wobei die Teilnahme der Staatsanwaltschaft – allenfalls neben einem gewählten oder im Rahmen der Verfahrenshilfe beigegebenen Rechtsanwalt – hier zwingend ist⁷¹. In Insolvenzsachen ist die Staatsanwaltschaft als Vertreterin der Arbeitnehmer beteiligt, ebenso vertritt sie die Abgabenbehörde in Steuersachen⁷².

Entsprechend diesem weiten Aufgabengebiet sind daher bei sämtlichen Gerichten, auch solchen mit Sonderzuständigkeiten, Staatsanwaltschaften eingerichtet⁷³.

Conselho Superior do Ministério Público⁷⁴

Der Oberste Rat der Staatsanwaltschaft ist organisatorisch ein Teil der Generalstaatsanwaltschaft, tagt unter dem Vorsitz der Generalstaatsanwältin und besteht aus dieser, fünf vom Parlament gewählten und zwei vom Justizminister ernannten Mitgliedern, den vier Leitern der Staatsanwaltschaften bei den Rechtsmittelgerichten sowie sieben Wahlmitgliedern⁷⁵.

Er ist – vergleichbar dem Obersten Justizrat – zuständig für die Ernennung von Staatsanwälten mit Ausnahme der Generalstaatsanwältin und die Verhängung von Disziplinarmaßnahmen gegen diese.

Exkurs: Sindicato dos Magistrados do Ministério Público⁷⁶

68 Über diesen wird durch die Sozialversicherung (früher durch das Verfahrensgericht selbst) entschieden, das Rechtsmittel gegen eine abschlägige Entscheidung geht an das Verfahrensgericht. Der im Rahmen der Verfahrenshilfe beigegebene Rechtsanwalt wird von der Rechtsanwaltskammer aus der Liste jener Rechtsanwälte, die sich dazu bereit erklärt haben, bestellt. Dieser kann jedoch die Übernahme des konkreten Falles ablehnen, sodann ist ein anderer Rechtsanwalt durch die Kammer aus der Liste zu bestellen. Der letztlich bestellte Rechtsanwalt ist – wie in Österreich – nicht zur Objektivität verpflichtet.

69 Diese Vertretung der Arbeitnehmer durch die Staatsanwaltschaft wurde 1974 eingeführt, die Möglichkeit der Verfahrenshilfe erst später geschaffen.

70 Dh etwa auch, wenn zwischen den Eltern Einigkeit über die Aufteilung der Obsorge besteht.

71 Eine dem Jugendamt vergleichbare Institution existiert daneben und nimmt ähnliche Aufgaben wie in Österreich wahr.

72 Soweit an einem Gerichtsverfahren beteiligt, vertreten sich Sozialämter jedoch selbst.

73 Spezialisierte Zuständigkeiten innerhalb der Staatsanwaltschaft sind jedoch nur bei größeren Behörden vorgesehen, etwa existiert bei der Staatsanwaltschaft Lissabon eine eigene Rechtshilfeabteilung für den Rechtshilfeverkehr, wogegen bei anderen Staatsanwaltschaften dies vom aktenführenden Staatsanwalt miterledigt wird.

74 <http://www.ministeriopublico.pt/pagina/conselho-superior-do-ministerio-publico>.

75 Vier Vertreter werden von den erstinstanzlichen Staatsanwälten, zwei von den Staatsanwälten bei den Rechtsmittelgerichten und einer von den Generalanwälten jeweils aus ihrem Kreis gewählt.

76 <https://www.smmpt/>.

Auch in der staatsanwaltschaftlichen Standesvertretung sind etwa 90 % der Staatsanwälte Mitglied⁷⁷, sie wurde ebenso 1975 gegründet⁷⁸.

Centro de Estudos Judiciários⁷⁹ (Justizakademie)

Die Justizakademie⁸⁰ besteht seit 1980, mit ihrer Leitung ist derzeit ein dienstzugeteilter Richter eines erstinstanzlichen Gerichts betraut, seine Stellvertreter sind ein dienstzugeteilter Generalanwalt und ein Richter eines Rechtsmittelgerichts. Weitere Organe sind ein 15-köpfiger Verwaltungsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten des Obersten Gerichts und ein 11-köpfiger Pädagogischer Beirat, jeweils mit Mitgliedern aus unterschiedlichen juristischen Berufen. Ihr obliegt die Ausbildung von Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungs- bzw. Finanzrichtern, welche in unterschiedlichen Curricula erfolgt, lediglich sich überschneidende Ausbildungsinhalte werden gemeinsam absolviert.

Die Anzahl der Aufzunehmenden wird durch das Justizministerium vorgegeben, die Auswahl geschieht jedoch durch die Justizakademie im Rahmen einer kommissionellen Prüfung selbst. Auf etwa 130 Ausbildungsplätze kommen 1.200 Aufnahmekandidaten⁸¹, Voraussetzung ist der (fünfjährige) Master-Abschluss des Studiums der Rechtswissenschaften⁸², wobei die Bewerber entweder direkt von der Universität kommen oder eine zumindest fünfjährige einschlägige Berufserfahrung aufweisen müssen⁸³. Die Auswahl der Kandidaten erfolgt nach den Ergebnissen der

77 Derzeit sind über 500 Staatsanwälte tätig, insgesamt gibt es etwas mehr Richter in Strafsachen als Staatsanwälte.

78 Die staatsanwaltschaftliche Standesvertretung ist Mitglied bei MEDEL (Magistrats Européens pour la Démocratie et les Libertés; Europäische Richter für Demokratie und Freiheitsrechte).

79 <http://www.cej.mj.pt/>.

80 Sie befindet sich im Gebäude eines ehemaligen Gefängnisses mit schöner Aussicht über den Hafen von Lissabon, da bei Besuch der Gruppe sämtliche Hörsäle durch Kurse belegt waren, wurde diese vom stellvertretenden Direktor, dem dienstzugeteilten Generalanwalt, in der ehemaligen Gefängniskapelle aus dem 19. Jahrhundert empfangen.

81 Vor Einführung einer Prüfungsgebühr von €200,-- – für die es allerdings soziale Erlassgründe gibt – war die Kandidatenanzahl noch spürbar höher.

82 Ein Alterslimit – noch bis in die 80er Jahre vorgesehen – existiert heute nicht mehr.

83 Es sind jeweils 25 % der Plätze für diese beiden Gruppen reserviert. Im Durchschnitt ist ein aufgenommener Kandidat 33 Jahre alt, single, weiblich und weist ein bis zwei Jahre Berufserfahrung auf. Erklärt wurde das relativ hohe Durchschnittsalter von den Gesprächspartnern der Gruppe damit, dass Uniabsolventen zwar etwa 26/27 Jahre alt sind, es jedoch auch rund 50jährige Bewerber gäbe, darüber hinaus viele Kandidaten – da die Aufnahmeprüfung als schwierig gilt – vor Antritt und nach dem Universitätsstudium auf die Prüfung lernen oder als Vorbereitung in anderen juristischen Berufen arbeiten.

(unbeschränkt wiederholbaren) fachlichen Prüfung⁸⁴, des (lediglich einmal wiederholbaren, schriftlich und mündlich abgehaltenen) Psychotests sowie der Vortätigkeit.

Das erste Jahr ihrer Ausbildung absolvieren die – derzeit 126 – Studierenden in der Justizakademie ua in den Fächern Zivil-, Handels- und Strafrecht einschließlich Verfahrensrecht, Ethik, Internationale Zusammenarbeit, Europarecht, Verfassungsrecht und Legal English⁸⁵. Zwei Drittel der Kurse⁸⁶ finden in Kleingruppen zu maximal 14 Schülern statt, es handelt sich hierbei um prüfungsimmanente Lehrveranstaltungen, die Noten der Kurse werden bei der Ernennung zum Richter oder Staatsanwalt berücksichtigt. Daneben werden auch schriftliche Prozessspiele durchgeführt.

Das zweite Jahr der Ausbildung verbringen die Auszubildenden an Gerichten und Staatsanwaltschaften in ganz Portugal⁸⁷, wo sie einem Ausbildungsrichter bzw. -staatsanwalt zugeteilt sind. Danach findet – ohne weitere Prüfung⁸⁸ und iaR ohne jegliche Wartezeit – die Ernennung auf eine richterliche Planstelle statt⁸⁹.

Im ersten und zweiten Jahr der Ausbildung erhalten die Studierenden €1.080,--, nach ihrer Ernennung das Richtergehalt.

Die Justizakademie ist dem Justizministerium nachgeordnet, praktisch jedoch relativ unabhängig und erstellt den Ausbildungsplan selbst. Ebenso wird die Fortbildung der Richter und Staatsanwälte durch die Justizakademie durchgeführt, das Fortbildungsprogramm wird – allerdings aufgrund von Vorschlägen der Justizakademie – durch den Richterrat erstellt.

Ausbildung zu anderen Rechtsberufen

Die Rechtsanwaltskammer organisiert die 18-monatige Ausbildung zum Rechtsanwalt (Avogado), nach einer (mündlichen und schriftlichen) Prüfung kann man als selbständiger Rechtsanwalt

84 Bei Beurteilung der fachlichen Prüfung sei wichtig, dass der Kandidat die Rechtsfrage erkenne, die korrekte Lösung der Rechtsfrage sei sekundär, da dies auch noch in der Justizakademie beigebracht werden könne.

85 Verwaltungs- bzw. Finanzrichter absolvieren Kurse im Verwaltungs- und Steuerrecht sowie im – dem Verwaltungsverfahren ähnlichen – Zivilverfahren, um später zwischen den Sparten allgemeines Verwaltungsrecht und Steuerrecht wechseln zu können.

86 Diese werden von 20 (Vollzeit) dienstzugeteilten Richter und Staatsanwälten sowie – offenbar in den Fächern internationale Zusammenarbeit, Europarecht und Verfassungsrecht – von externen Lektoren abgehalten.

87 Die Zuteilung innerhalb des Sprengels erfolgt durch den Koordinator des jeweiligen Rechtsmittelgerichts.

88 Drop-outs kommen in der Ausbildungszeit praktisch nicht vor.

89 Das erste Jahr als (ernannter) Richter bzw. Staatsanwalt scheint dabei noch zur Ausbildung zu gehören, erst danach dürfte die Ernennung zum Juiz de Direito bzw Procurador da Republica erfolgen.

eingetragen, davor unter Anleitung und Verantwortung eines eingetragenen Rechtsanwalts tätig werden. Die Rechtsanwaltskammer hat als Selbstverwaltungskörper auch die Disziplinargewalt über Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter⁹⁰.

Notare (Notario) sind seit einer Reform 2006 zwar weiterhin Träger eines öffentlichen Amtes und errichten als solche – unmittelbar in öffentliche Register eintragbare oder in Gerichtsverfahren verwendbare – Urkunden öffentlichen Glaubens, üben nunmehr aber einen freien Beruf aus und können auch privatrechtliche Verträge unter gleicher Beratung beider Parteien errichten und als Mediator tätig sein. Das Justizministerium übt zwar weiterhin die Disziplinargewalt über Notare aus, deren Tätigkeit wird nunmehr jedoch gemeinsam mit der Notarkammer geregelt. Die Zulassung zum Notariat erfolgt nach einer schriftlichen Aufnahmeprüfung sowie der (zusätzlichen) Überprüfung, ob der Kandidat wirtschaftlich in der Lage ist, ein Notariat zu betreiben⁹¹.

Diplomaten durchlaufen – inklusive Praktika – eine insgesamt acht Jahre dauernde Ausbildung. In der Wissenschaft braucht es durchschnittlich etwa zehn Jahre bis zur Berufung auf eine Universitätsprofessur.

Verhältnis der Rechtsberufe zueinander; Sonstiges

Die – wenngleich innerhalb derselben Institution stattfindende – Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten in weitgehend getrennten Curricula bewirkt auch, dass ein Wechsel zwischen Gericht und Staatsanwaltschaft heute (praktisch) nicht möglich ist⁹². Lediglich für die Richter des Obersten Gerichts gilt, dass sie im Verhältnis 3:1:1 aus dem Kreis der Richter der ordentlichen Gerichte, der Staatsanwälte sowie anderer Juristen (Universitätsprofessoren und Rechtsanwälte) zu kommen haben.

Ein Wechsel aus der Justiz in die Anwaltschaft ist ohne Ablegung einer Zusatzprüfung möglich, doch scheint die Rechtsanwaltskammer die notwendige Eintragung als Rechtsanwalt restriktiv handzuhaben zu versuchen. Bemüht sich umgekehrt ein Rechtsanwalt um die Aufnahme in die Justiz, hat er die Aufnahmeprüfung in die Justizakademie und die dortige Ausbildung zur Gänze zu absolvieren. Um einschlägige Berufserfahrung zu erlangen und dadurch die eigenen Chancen bei der Aufnahmeprüfung in die Justizakademie zu erhöhen, ist dieser Weg – mit zumeist fünf bis sechs Jahren Berufserfahrung als Rechtsanwalt – nicht unüblich.

90 Auch in Portugal findet in den letzten Jahren – wie auch an den Gerichten – eine Spezialisierung der Rechtsanwaltschaft in (groß-)städtischen Ballungsräumen statt, wohingegen in den ländlichen Gebieten eher der juristische Universalist anzutreffen ist.

91 Eine limitierte Anzahl an notariellen Amtsstellen scheint es dabei nicht zu geben, etwa können auch Rechtsanwälte – soweit sie die Voraussetzungen dafür erfüllen – mit notariellen Befugnissen ausgestattet sein. Ebenso scheint die Beglaubigung einer Unterschrift durch einen Rechtsanwalt vorgenommen werden zu können.

92 Vor 1974 war dagegen zwingend die Tätigkeit als Staatsanwalt vor der Ernennung zum Richter vorgesehen.

Etwa 60 % der Richter sind weiblich, Frauen stellen an den Gerichten erster Instanz die Mehrheit und an den Rechtsmittelgerichten knapp unter 50 %. Lediglich an den Höchstgerichten bleibt die Anzahl von Frauen deutlich unter der Hälfte. Freilich sind derzeit 80 % der an der Justizakademie Studierenden weiblich.

Verwaltungs- und Finanzrichter werden erst seit 2004 an der Justizakademie ausgebildet⁹³, davor konnten auch Richter der ordentlichen Gerichte als Verwaltungs- und Finanzrichter ernannt werden. Zwischen ordentlicher und Verwaltungs- bzw. Finanzgerichtsbarkeit findet entsprechend auch eine langsame Annäherung statt, das Verhältnis in der Vergangenheit wurde als nicht so eng beschrieben. Neben den nur mehr im Kriegszustand zulässigen Militärgerichten gab es früher auch eine Reihe anderer Sondergerichte, die weiterhin bestehenden Verwaltungs- und Finanzgerichte wurden als die letzten Überbleibsel dieser Sondergerichte bezeichnet.

Universitäre juristische Ausbildung

Die erste Universität Portugals wurde 1290 in Coimbra gegründet, ihr Sitz wechselte sodann – mit dem Königshof – zwischen Coimbra und Lissabon, bis sie 1537 endgültig in Coimbra angesiedelt wurde. Erst nach Ende der Monarchie wurden 1911 weitere Universitäten gegründet.

Von Beginn der Universität Coimbra an wurde ein juristisches Studium angeboten, im Zuge einer Universitätsreform wurden im 18. Jahrhundert die Rechtswissenschaften und Theologie getrennt, seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine eigene Ausbildung zum Verwaltungsjuristen angeboten. Heute existieren 15 juristische Fakultäten, fünf davon an staatlichen Universitäten, die ein juristisches Studium im dreistufigen Bologna-System⁹⁴ anbieten⁹⁵. Neben dem juristischen Vollstudium werden heute etwa an der Universität Coimbra ein Studium des Staats- und Verwaltungsrechts und an der Universität Lissabon ein Studium der Kriminologie angeboten.

93 Ebenso 2004 – und damit wohl in Zusammenhang stehend – ist das Verwaltungsgerichtsgesetzbuch sowie das Gesetz über die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit in Kraft getreten.

Vor 1974 war dagegen zwingend die Tätigkeit als Staatsanwalt vor der Ernennung zum Richter vorgesehen.

94 Voraussetzung für eine Aufnahme in die Justizakademie ist die Absolvierung zumindest des (fünfjährigen) Masterstudiums.

95 Wie in Österreich und anders als in Deutschland ist mit Abschluss des juristischen Studiums keine Berufsberechtigung verbunden, dafür gibt es jedoch auch keine dem Deutschen Staatsexamen vergleichbare (umfassende Abschluss-) Prüfung.

Das akademische Jahr dauert von September bis Juli, die Vorlesungen sind bereits mit Ende Mai beendet, danach folgt im Juni und Juli die Prüfungszeit⁹⁶. Historisch beendeten die Studenten der rechtswissenschaftlichen Fakultäten vor jenen der anderen Fakultäten das akademische Jahr und störten mit ihren Feiern deren Lehrbetrieb. Diese Tradition wird heute in den einwöchigen Frühjahrsferien fortgesetzt, die zeitgleich mit der Fachgruppenreise stattfanden und in denen traditionell viele Studentenpartys veranstaltet werden sowie Studierende in Talaren mit farbigen Bändern⁹⁷ auf den Straßen der Universitätsstädte zu sehen sind.

Universidade de Coimbra⁹⁸

Der historische Teil der Universität einschließlich der prunkvollen, 1728 fertiggestellten Universitätsbibliothek Biblioteca Joanina⁹⁹, seit 2013 UNESCO-Weltkulturerbe, befindet sich am höchsten Punkt der Stadt in einem ehemaligen Königsschloss, rund um dieses wurden in den 1940er Jahren weitere Universitätsgebäude im Monumentalstil errichtet.

Die Universität Coimbra¹⁰⁰ hat heute etwas über 20.000 Studenten, an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät beginnen jedes Jahr rund 400 Studierende.

Internationalität wird an der Universität Coimbra gefördert, sie ist etwa Namensgeberin der Coimbra Gruppe, einem 1985 gegründeten Netzwerk europäischer Universitäten, und beherbergt ein Konfuzius Institut. An der juristischen Fakultät existiert eine Kooperation mit brasilianischen Staatsanwälten, im Studium ist juristisches Englisch verpflichtend. Viele Studierende stammen aus den ehemaligen Kolonien, insbesondere Brasilien. Lehrveranstaltungen werden grundsätzlich nur in Portugiesisch abgehalten¹⁰¹, Prüfungen können jedoch oftmals ebenso in Englisch oder auch in einer anderen vom Lehrveranstaltungsleiter beherrschten Sprache abgelegt werden.

Frauen spielten an der Universität Coimbra spät eine Rolle, erst 1974 gab es die erste weibliche Lehrbeauftragte an der rechtswissenschaftlichen Fakultät¹⁰², die erste weibliche Professorin an der rechtswissenschaftlichen Fakultät ist heute 56 Jahre alt.

96 Primär scheint es dabei schriftliche Prüfungen zu geben, hat man diese knapp nicht bestanden, so folgt eine mündliche Prüfung. Auch bei bestandener schriftlicher Prüfung kann zwecks Verbesserung der Note eine mündliche Prüfung abgelegt werden.

97 Jeder Fakultät ist dabei eine Farbe zugeordnet, jene der rechtswissenschaftlichen Fakultät ist rot.

98 <https://www.uc.pt/>.

99 Die barocke Bibliothek umfasst über 200.000 Bände und wird – hinter den Bücherregalen – von Fledermäusen bewohnt, welche zum Zweck des Insektenfangs auch dort belassen werden.

100 António de Oliveira Salazar war vor seinem Eintritt in die Politik Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Coimbra, der Marques de Pombal einer ihrer Absolventen.

101 Ausnahmen bestehen nur in Lehrveranstaltungen für Erasmus-Studenten.

102 An anderen Fakultäten war dies schon etwas früher der Fall.

Universidade do Porto¹⁰³

Die Universität Porto wurde – wie die Universität Lissabon – 1911 gegründet, die erst 1994 geschaffene juristische Fakultät befindet sich heute in einem Gebäude, das zuvor Teil der Technischen Fakultät war. Seit 2006 wird an der Fakultät neben dem juristischen Vollstudium auch das Studium der Kriminologie angeboten.

Dieses Studium der Kriminologie absolvieren derzeit etwa 50 Bachelor-, etwa 40 Master- und fünf PhD-Studierende. Studienanfänger kommen direkt von der Schule oder sind etwa auch im Polizeidienst tätig. Tätigkeitsbereiche für Absolventen sind etwa der Polizeidienst, die Bewährungshilfe, Justizwache bzw. generell Gefängnispersonal oder Sicherheitsunternehmen.

Die Lehrenden haben unterschiedliche Ausbildungsherkünfte, die Fachgruppe sprach etwa mit einer Biologin. Geforscht wird primär zur menschlichen Reaktion auf äußere Einflüsse und traditionell zur Verbrechensprävention. Als Beispiel wurde ein Forschungsprojekt genannt, bei dem Versuchspersonen Fotos einer Örtlichkeit bei Tag und Nacht gezeigt wurden, um herauszufinden, was bedrohlicher wirkt und warum. Da Dunkelheit ein Angstgefühl und damit auch eine höhere subjektive Angst vor Kriminalität erwecke, sei die Empfehlung, die Straßenbeleuchtung zu verbessern, womit auch im Tatsächlichen ein Rückgang der Kriminalität bewirkt werden konnte. Generell sei Ziel von Forschungsprojekten zur Kriminalitätsprävention, bauliche und sonstige Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zu entwickeln, welche dann der Politik empfohlen werden können¹⁰⁴. Auch wurde die Wichtigkeit eines multidisziplinären Ansatzes hervorgehoben.

Portugiesisches materielles und formelles Recht

Rechtsnormen, das Amtsblatt der Republik und der Azoren, aber etwa auch die Entscheidungen des Verfassungsgerichts, des Obersten Gerichts, des Obersten Verwaltungsgerichts und der Rechtsmittelgerichte können über Digesto¹⁰⁵, die offizielle Rechtsdatenbank Portugals, elektronisch abgerufen werden.

Als Lusitanischer Rechtskreis werden die Rechtsordnungen Portugals und seiner ehemaligen Kolonien bezeichnet, wobei ein Einfluss des portugiesischen Rechts nur bei den ehemaligen Kolonien in Afrika zu finden ist.

103 <https://www.up.pt/>.

104 In einem weiteren Forschungsprojekt, von dem berichtet wurde, wurde mit sozial benachteiligten Kindern nicht nur zur Verbrechensprävention gearbeitet sondern wurden diese auch gezielt gefördert, wodurch – neben einer späteren geringeren Kriminalitätsrate – auch eine Verbesserung deren schulischer Leistungen und Berufsaussichten erreicht wurde.

105 <https://dre.pt/>.

Die portugiesische Rechtsordnung gehört zum romanischen Rechtskreis, das erste Portugiesische Bürgerliche Gesetzbuch von 1867 war stark vom französischen Code Civil beeinflusst.

Obwohl wenig Bezug zu Deutschland besteht, ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts der Einfluss des deutschen Rechtes sowohl im Bereich des Privatrechts als auch des Strafrechts – weniger im Bereich des (übrigen) öffentlichen Rechts – stark. Grund hierfür dürfte die Rezeption der deutschen Kodifikationen zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die portugiesische Wissenschaft – die gesellschaftliche Elite war dagegen eher nach Frankreich orientiert – gewesen sein. Daher waren Doktoranden im Bereich des Zivilrechts bis vor einigen Jahren auch angehalten, die deutsche Sprache zu erlernen, um die deutschen Zivilrechtskommentare im Original lesen zu können. Dies habe sich erst in den letzten Jahren geändert, auch Studenten stünden bei ihrer Promotion nunmehr vermehrt unter Zeitdruck, es verbleibe daher keine Zeit mehr, eigens mit Deutsch eine neue Fremdsprache als Voraussetzung für die Promotion im Zivilrecht zu lernen¹⁰⁶.

Das heutige, pandektistisch aufgebaute Bürgerliche Gesetzbuch stammt aus 1966, ist in seiner Struktur am deutschen Recht, inhaltlich jedoch – wie auch das Handelsrecht, wobei das Handelsgesetzbuch noch aus dem 19. Jahrhundert stammt – am Italienischen Recht¹⁰⁷ orientiert. Kommentare und Lehrbücher in Portugiesischer Sprache scheint es zumindest nicht in übermäßiger Anzahl zu geben.

Darlehensverträge über €25.000,-- müssen vor einem Rechtsanwalt oder Notar geschlossen werden, Darlehensverträge über € 2.500,-- bedürfen der Schriftform. Ebenso der Schriftform bedürfen Mietverträge über Wohnraum, im Zweifel gelten sie für eine Dauer von zwei Jahren abgeschlossen.

Anlässlich der Verhehlung hat der portugiesische Arbeitnehmer Anspruch auf 15 Tage Sonderurlaub, die Eheschließung ist nicht vertretungsfeindlich. Kraftfahrzeuge können – wie Grund – mit einer Hypothek belastet werden, das Mindeststammkapital einer portugiesischen GmbH beträgt ein Euro.

Das heute geltende portugiesische Strafgesetzbuch stammt aus 1982, welches 2007 umfassend reformiert und neu veröffentlicht wurde. Die im Portugiesischen Strafrecht vorgesehene Höchststrafe beträgt 25 Jahre¹⁰⁸, die bedingte Entlassung aus der Strafhaft ist zwingend spätestens nach fünf Sechstel der Strafe – und damit bei Verhängung einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren längstens nach

106 Heute bestünde eher ein Einfluss in Englisch verfasster juristischer Schriften, und zwar weniger dem Inhalt der angloamerikanischen Rechtsinstitute, sondern vielmehr den verwendeten Begrifflichkeiten nach. Auch wurde angeführt, dass die Fakultätsbibliothek erst vor kurzem vom Rektorat ob ihrer Ausgaben für deutsch-sprachige juristische Literatur gerügt wurde.

107 Die Italienische Sprache scheint für Portugiesen auch ohne Fremdsprachenkenntnisse schriftlich zumindest gut verständlich zu sein.

108 Die Todesstrafe wurde in Portugal als erstem – heute noch existierenden – Land im ordentlichen Verfahren bereits 1867 abgeschafft, die letzte Hinrichtung aufgrund eines Strafurteils fand gar 1846 statt. In Militärstrafsachen wurde sie erst 1976 abgeschafft.

knapp unter 21 Jahren – vorgesehen, spezialpräventive Notwendigkeiten können lediglich im Rahmen engmaschiger Weisungen anlässlich der bedingten Entlassung berücksichtigt werden. Lediglich bei zurechnungsunfähigen geistig abnormen Rechtsbrechern ist eine längere, auch lebenslange Anhaltung möglich.

Der Versuch einer Straftat ist nur strafbar, wenn er ausdrücklich unter Strafe gestellt wird oder die Strafdrohung mehr als drei Jahre beträgt¹⁰⁹.

Seit 2013 wird die Aussage in einer Gerichtsverhandlung lediglich als Audiodatei aufgenommen, worüber sich die dies erwähnende Gesprächspartnerin der Fachgruppe nicht sonderlich glücklich zeigte. Im Protokoll wird nur die Person des Vernommenen und seine Personalien, nicht aber der Inhalt seiner Aussage festgehalten¹¹⁰. Entsprechend muss etwa der Rechtsmittelwerber im Rechtsmittel die Stelle der Aufnahme, an der sich die Aussage befindet, auf die er sich bezieht, genau bezeichnen. Die Audio-Dateien mit den Aussagen sind für die Verfahrensbeteiligten online abrufbar.

Zeugen können auch per Videokonferenz einvernommen werden.

Die portugiesische Zivilprozessordnung stammt aus 2013, die Portugiesische Strafprozessordnung aus 1987 und wurde seitdem mehrfach, zuletzt 2007, umfassend novelliert. Im Zivilprozess werden Urteile iaR nicht mündlich verkündet, im Strafverfahren ist dies lediglich optional.

Im Zivilprozess entscheidet in erster Instanz immer ein Einzelrichter¹¹¹, im Strafverfahren ist in erster Instanz ein Einzelrichter bis zu fünf Jahre Strafdrohung, darüber ein 3-Richter-Senat zuständig. Das Rechtsmittelgericht entscheidet in 3-Richter-Senaten.

Im Zivilprozess hat zwar die unterliegende Partei die Gerichtsgebühren zu tragen, ein Ersatz der (Anwalts-)Kosten der obsiegenden Partei findet nur eingeschränkt bis zu 50 % der Höhe der Gerichtsgebühren statt.

Im Strafverfahren stellen Aussagen vor Polizeibeamten kein Beweismittel dar, die Staatsanwaltschaft ist der Kriminalpolizei weisungsbefugt, angeordnete Zwangsmaßnahmen bedürften einer richterlichen Genehmigung. Die Höchstdauer von Ermittlungsverfahren ist befristet, der Beschuldigte kann auch die Einstellung gegen ihn gerichteter Ermittlungen bei der Generalstaatsanwaltschaft beantragen. Umgekehrt hat das Opfer im Falle der Einstellung der Ermittlungen die Möglichkeit eines Rechtsmittels an die übergeordnete Staatsanwaltschaft oder eines Fortführungsantrags an das Gericht. Die Entscheidung auf Fortsetzung des Verfahrens scheint sodann die Anklageerhebung zu ersetzen. Im

109 Eine versuchte (unqualifizierte) Körperverletzung ist daher nicht strafbar.

110 Das gilt auch im Strafrecht, vor 2013 wurden die Aussagen vom einvernehmenden Staatsanwalt oder Richter „auf Band“ diktiert.

111 Bis in die 1990er Jahre waren auch in erster Instanz 3-Richter-Senate vorgesehen.

portugiesischen Strafprozess gilt ein strenges Adhäsionsprinzip, das Opfer muss seinen aus der Straftat abgeleiteten Ersatzanspruch bei sonstigem Verlust im Strafverfahren geltend machen.

Die Einrichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft wurde von den staatsanwaltschaftlichen Gesprächspartnern der Fachgruppe sehr positiv gesehen.

Casa do Juiz¹¹² – Associacao de Solidariedade Social

Während nach der Revolution die beiden bald vereinigten Richtervereinigungen in Lissabon und Porto gegründet wurden, wurde 1974 im quasi in der Mitte der beiden Städte gelegenen Coimbra eine bis heute existierende juristische Zeitschrift geschaffen, die ab 1976 erschien und in der Entscheidungen der ordentlichen Gerichte Portugals¹¹³ veröffentlicht werden. Mit den Gewinnen wurde 1997 das Projekt Casa do Juiz¹¹⁴ gegründet, welches ursprünglich als Altersheim ausschließlich für Richter und ihre Ehegattinnen gedacht war. Zwischenzeitig hat sich die Einrichtung zu einem „normalen“ Altersheim für Bewohner Coimbras und seiner Umgebung gewandelt, von den heute 50 Plätzen sind derzeit knapp unter 35 belegt, unter den Bewohnern findet sich derzeit kein einziger Richter und nur wenige Richterwitwen¹¹⁵.

Neben dem ursprünglichen Bau wurde ab 2012 ein vor zwei Jahren fertig gestellter Neubau errichtet, welcher auch ein – in Zusammenarbeit mit der ASJP finanziertes und betriebenes – Auditorium für rund 200 Personen samt Besprechungs- und Schulungsräumen samt Gästezimmern beinhaltet, in welchem wissenschaftlich-juristische Veranstaltungen abgehalten werden und in dem auch die Fachgruppe empfangen wurde.

Seit 2009 ist auch ein geriatrisches Zentrum für 30 Personen angeschlossen, die Ausstattung – ua mit großzügigen Wohn- und Sozialbereichen, Suiten und Doppelzimmern, Fitnessraum, Bibliothek, Fitnessraum und Kapelle – scheint eher hochwertig zu sein, die Frage nach den Kosten blieb unbeantwortet, doch wurde der Umstand, dass Teile der Kosten durch das Sozialsystem getragen

112 <https://casadojuiz.com/>.

113 Ab 1993 wurde auch die Rechtsprechung des Obersten Gerichts ausgewertet, heute gibt es jährlich acht Ausgaben, davon drei mit Entscheidungen des Obersten Gerichts und fünf mit Entscheidungen der Rechtsmittelgerichte. Neben der Zeitschrift erscheinen seit 2007 Bände mit nach Sachgebieten geordnete Entscheidungsübersichten, die seit 2008 für Abonnenten online abrufbar sind.

114 Mit den aus dem Verkauf der Zeitschrift lukrierten Gewinnen – die Mitarbeit erfolgte unentgeltlich durch Richter, ursprünglich handelte es sich um die einzige Entscheidungssammlung Portugals – wurde ursprünglich eine von der ASJP gegründete Stiftung zur Unterstützung der Familien verstorbener Mitglieder finanziert, ab 1997 sodann das Projekt Casa do Juiz. Entsprechend wird dieses auch von Richtern im Rahmen der ASJP verwaltet.

115 Dass die umgekehrte Konstellation von den Gesprächspartnern der Fachgruppe nicht einmal erwähnt wurde, könnte mit traditionellen Geschlechterrollen im Estado Novo zusammenhängen.

werden können, hervorgehoben. Neben dem Gebäudekomplex befindet sich eine landwirtschaftliche Nutzfläche sowie ein Garten mit Bambuswäldchen, durch den die Reisegruppe geführt wurde.

Policia Judiciária

Die Policia Judiciária nimmt die kriminalpolizeilichen Aufgaben betreffend schwerer Kriminalität¹¹⁶ wahr¹¹⁷, sie ressortiert zum Justizministerium. Versuche, sie dem Innenministerium zu unterstellen, konnten in der Vergangenheit unter Hinweis auf die Sensibilität der vorhandenen Daten abgewehrt werden¹¹⁸. Ihr Nationaler Direktor wird vom Ministerpräsidenten im Einvernehmen mit dem Justizminister ernannt, sie ist hierarchisch organisiert, wobei vier regionale Einheiten¹¹⁹ sowie für bestimmte Materien¹²⁰ Sondereinheiten mit landesweiter Zuständigkeit bestehen. Daneben sind dem Nationalen Direktor verschiedene kriminalpolizeiliche Hilfsdienste¹²¹ mit Sitz in Lissabon unterstellt.

Die Policia Judiciária führt ein eigenes, von anderen Polizeibehörden unabhängiges Aufnahmeverfahren durch. Seit 2004 ist der Abschluss eines juristischen Studiums oder eine gleichwertige Ausbildung Voraussetzung. Höchstalter bei der Aufnahme ist 30 Jahre, es wird ein schriftlicher und mündlicher Aufnahmetest, ein körperlicher Eignungstest sowie abschließend ein Aufnahmegespräch mit dem Nationalen Direktor und leitenden Beamte durchgeführt. In der darauffolgenden einjährigen Ausbildung wird man an vier Ausbildungsstationen zugeteilt. Mehrfach wurde die Wichtigkeit des regelmäßigen Schießtrainings während der Ausbildung und danach betont,

116 Dazu zählen Tötungsdelikte, Entführung, Organisierte Kriminalität, Terrorismus, Drogenhandel, Cybercrime, Korruption und Wirtschaftsdelikte. Eine Abtretung solcher Verfahren an andere Polizeibehörden ist nicht möglich.

117 Im Übrigen werden kriminalpolizeilichen Aufgaben durch zum Innenministerium ressortierende Polizeieinheiten (Guarda Nacional Republicana im ländlichen und Policia de Seguranca Pública im städtischen Bereich) wahrgenommen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit der Policia Judiciária Militar fallen, welche zum Verteidigungsministerium ressortiert und die kriminalpolizeiliche Aufgaben bezüglich Militärstraftaten und Straftaten innerhalb der Portugiesischen Armee wahrnimmt.

118 Freilich war die Policia Judiciária bis 2000 für sämtliche Straftaten, die nicht in Zuständigkeit der Policia Judiciária Militar fallen, zuständig, auch sind ihre Angehörigen disziplinarrechtlich dem Innenministerium unterstellt.

119 Die Gruppe konnte jene für die nördliche Region mit Sitz in Porto, die von einem dienstzugeteilten Staatsanwalt geleitet wird, besuchen. Unterhalb dieser regionalen Einheiten existieren weitere nach geographischen Gesichtspunkten gegliederte Einheiten.

120 Für Terrorismus, Korruption, Drogenhandel und Cybercrime.

121 Etwa für internationale Zusammenarbeit, forensische Analyse oder Datenforensik und Überwachung der Telekommunikation, nicht aber die Gerichtsmedizin. Ebenso ist eine eigene Polizeischule und die Disziplinaraufsicht zentral organisiert und dem Nationalen Direktor unterstellt. Eigene polizeilichen Gefangenenhäuser existieren nicht, hier bedient man sich der allgemeinen polizeilichen Gefangenenhäuser, jenes in Porto ist im Nachbargebäude der Policia Judiciária situiert.

um im Falle eines nach Möglichkeit ohnedies zu vermeidenden Waffengebrauchs Verletzungen Unbeteiligter hintanzuhalten.

Stolz zeigte sich der Hauptansprechpartner der Gruppe, der Chefinspektor der Mordabteilung in Porto¹²², dass die Policia Judiciária selbst von Kriminellen als fair empfunden wird¹²³. Als in der Praxis manchmal problematisch erweise sich der Umstand, dass eine Aussage vor der Polizei kein verwertbares Beweismittel – und ebenso keine falsche Beweisaussage – darstelle, so dass darauf geachtet werden müsse, dass relevante Aussagen schnellstmöglich vor einem Staatsanwalt wiederholt werden, was – va wenn dies organisatorisch nicht sofort möglich sei – nicht immer geschehe. Generell wird die Zusammenarbeit zwischen Policia Judiciária und Staatsanwaltschaft jedoch als gut befunden. Schwerpunkte der letzten Jahre seien 2008 ein Anstieg von KFZ-Entführungen und 2011 der versuchte Einstieg von Tiraden in Überfälle von LKW gewesen, was jedoch verhindert werden konnte.

Estabelecimento Prisional Santa Cruz Bispo - Feminino

Die Frauenhaftanstalt in Santa Cruz Bispo, einem Vorort von Porto, wurde 2004 errichtet und nahm Anfang Jänner 2005 den Betrieb auf¹²⁴. Angeschlossen ist eine Männeranstalt für zurechnungsunfähige geistig abnorme Rechtsbrecher.

Die Frauenhaftanstalt besteht aus vier Pavillons¹²⁵ mit jeweils etwa 85 und insgesamt 354 Haftplätzen, derzeit sind 259 Insaßinnen inhaftiert. Zusätzlich werden zwölf Kinder von Insaßinnen im Alter von vier Monaten bis vier Jahre betreut. Im anstaltseigenen Kindergarten können Kinder im Alter von drei Monaten bis fünf Jahre wochentags von 09.00 Uhr bis 17.15 Uhr betreut werden, in der übrigen Zeit sind sie bei ihren Müttern. Die Versorgung mit Essen und Kleidung wird durch den Kindergarten sichergestellt, das Betreuungsangebot umfasst beispielsweise Musikerziehung, es finden aber auch externe Freizeitaktivitäten wie einmal wöchentlich Schwimmen bzw. im Sommer wochentags jeden Vormittag ein Ausflug zum Strand statt. Samstags ist Besuchstag, hier gibt es für die Kinder durch Freiwillige organisierte Freizeitangebote in der Anstalt. Die Väter der Kinder haben hier ebenso die

122 Diese besteht aus zwölf Mitarbeiter und hat jährlich etwa 20 Todesfälle aufzuklären.

123 Spitzname unter Kriminellen „Die Gerechten“.

124 In der Nähe von Lissabon existiert das zweite Frauengefängnis des Landes.

125 Je einer für Untersuchungsgefangene, für den Strafvollzug kurzer Freiheitsstrafen, für den Strafvollzug sonstiger Freiheitsstrafen sowie für Mütter, alte Insassinnen und den offenen Vollzug. Letzterer konnte von der Gruppe besucht werden, es finden sich hier 82 Einzelzellen (in denen gegebenenfalls auch Platz für ein Kinderbett ist) und zwei Viererzellen für Familien oder suizidgefährdete Insaßinnen.

Möglichkeit des Besuchs, darüber hinaus können die Kinder ein bis zwei Wochen bei ihren Vätern verbringen.

70 bis 75 Prozent der Insassinnen gehen in Haft einer Arbeit nach, durchschnittlich lassen vierzehn Unternehmen in der Frauenhaftanstalt arbeiten, mit den meisten gibt es langfristige Verträge mit einer Laufzeit von acht bis zehn Jahren, Kleidungsproduzenten haben jedoch iaR nur Verträge mit einer Laufzeit von ein oder zwei Jahren. Die Arbeitszeit beträgt fünf Stunden täglich, die Entlohnung wird monatlich angewiesen. Grundsätzlich sind wochentags fünf Stunden täglich zu arbeiten, für qualifizierte Tätigkeiten kann mit einer Auszahlung von €80,- monatlich gerechnet werden, bei Fertigung von Massenware und Bezahlung pro Stück sind jedoch bei entsprechendem Einsatz auch bis zu €150,- monatlich möglich¹²⁶.

In der Ausspeise der Haftanstalt kann um maximal €80,- pro Woche eingekauft werden, zusätzlich darf jede Insaßin ein Kilogramm pro Woche an Lebensmitteln von außerhalb empfangen. Jede Insaßin darf 50 Stück eigener Kleidung besitzen, welche jedoch saisonal gewechselt werden kann. Zweimaliges Telefonieren am Tag ist möglich.

Großen Wert scheint auf die Möglichkeit der Aus- und Fortbildung der Insaßinnen gelegt zu werden, es werden Alphabetisierungskurse und für Fremde Sprachkurse in Portugiesisch angeboten. Ebenso ist das Nachholen eines Schulabschlusses möglich, hiezu werden Lehrer von außerhalb beigezogen. Universitätsstudien werden – für den Fall, dass eine Insassin zu einem Studium zugelassen wird, was jedoch Entscheidung der Universität ist – ermöglicht und finanziert. Von der Anstaltsbibliothek, die auch im Bereich der Aus- und Fortbildung der Insassinnen beteiligt ist, werden auch Kinoabende, Vorträge und Lesungen von Schriftstellern sowie sonstige kulturelle Veranstaltungen organisiert.

In der Medizinischen Abteilung gibt es eine eigene Anstaltsapothek, diverse Fachärzte werden auf Stundenbasis beschäftigt. Bei Insaßinnen mit Drogenvorgeschichte werden alle 30 Tage oder auch im Anlassfall Drogentests durchgeführt.

Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs¹²⁷

(European Maritime Safety Agency; EMSA)

Naturgemäß ist ein Bezug des Binnenlandes Österreich zur EMSA bzw. deren Tätigkeitsfeld nicht augenscheinlich¹²⁸, jedoch wurde von den Gastgebern auch hier im Vorfeld des Besuchs versucht

126 So kann auf freiwilliger Basis Arbeit für die Zeit nach Schließung der Zelle um 19.00 Uhr mitgenommen und in den Nachtstunden weitergearbeitet werden.

127 <http://www.emsa.europa.eu/>.

128 Zwar können Hochseeschiffe aufgrund des Abkommens von Barcelona von 1921 auch unter der Flagge eines Binnenstaates fahren und ist Österreich seit 1975 Mitglied der IMO (UN-Seeschiffahrts-Organisation; International Maritime Organisation) und auch deren wichtigsten

einen solchen zu recherchieren, doch konnte letztlich nur auf den Untergang des unter österreichischer Flagge fahrenden Hochseefrachtschiffes Rautz am 13. Juli 1998 westlich der Straße von Gibraltar hingewiesen werden¹²⁹. Ebenso erwähnt wurde der Betrieb des 1943 gebauten Frachtseglers Tres hombres ua durch einen steirischen ehemaligen Greenpeace-Aktivisten, mit dem fair produzierte und gehandelte Waren ökologisch nachhaltig zwischen Europa (ua auch Portugal mit Lissabon und Azoren) und der Karibik bzw. Südamerika befördert werden¹³⁰.

In mehreren Kurzvorträgen wurde der Gruppe ein Überblick über die (durchaus vielfältige) Tätigkeit der EMSA gegeben, insbesondere wurde auch der Einsatzraum mit Großbildschirm vorgestellt, auf dem eine Karte der EU samt umliegender Meeresgewässer und die darin befindlichen Hochseeschiffe dargestellt werden. Informationen – einschließlich der zurückgelegten Wegstrecken der letzten Jahre und angelaufene Häfen – zu diesen Schiffen sind mittels Mausklicks abrufbar, insbesondere kann in Satellitenbilder bis auf 50 Meter hineingezoomt sowie Aufnahmen von Remotely Piloted Aircraft Systems (RPAS)¹³¹ live eingespielt werden.

Die EMSA wurde 2002 gegründet¹³² und hat seit 2006 ihren Sitz in Lissabon. Anlass der Gründung war insbesondere die durch den Untergang des Öltankers Erika¹³³ im Jahr 1999 verursachte Ölpest an der bretonischen Küste, entsprechend waren die ursprünglichen Zwecke die Sicherheit des Schiffsverkehrs auf hoher See und die Verhütung der Verschmutzung der Meere¹³⁴, erst später kamen

Abkommen beigetreten, jedoch ist eine Österreichische Zulassung für ein Hochseeschiff (ausgenommen Yachten) seit 2012 – aufgrund der unionsrechtlichen Anforderungen an diesbezügliche staatliche Behörden im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten – innerstaatlich nicht mehr möglich.

129 Die Rautz bekam aufgrund verrutschender Ladung vorerst geringe (etwa 15 %) und stabil bleibende Schlagseite, welche sich jedoch unvorhergesehen binnen einer Minute auf 90 Grad drehte, was zum Untergang führte. Vier der zehn Besatzungsmitglieder blieben vermisst, die übrigen konnten in einer koordinierten Rettungsaktion nach zwei Tagen gerettet werden.

130 Auch erwähnt wurde der – freilich aus dem heutigen Südtirol stammende – Oswald von Wolkenstein, welcher als Emissär Kaiser Sigismunds I. (aus dem Haus der Luxemburger) zur Beseitigung des Schismas 1415 auf der iberischen Halbinsel war, wo er sich auch am Hof Königs Joao I. in Lissabon (damals mit der modernsten Schiffswerft Europas, nicht weit vom heutigen EMSA-Gebäude) aufhielt und am Kreuzzug nach Ceuta teilnahm.

131 Die Verwendung des Begriffs Drohne wird hingegen aufgrund der militärischen Konnotation vermieden.

132 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates 1406/2002 (idF 133/2013). Die Arbeit wurde noch 2002 in Brüssel aufgenommen.

133 Dieser Öltanker eines Italienischen Eigners fuhr unter Maltesischer Flagge für den französischen Ölkonzern Total S.A.. Ursache des Untergangs waren technische Mängel, die sowohl dem Eigentümer als auch den zuständigen Überwachungsbehörden bekannt waren.

134 Seeschifffahrt und Binnenschifffahrt wurden dabei – auch in Sicherheitsfragen – als komplett getrennte Bereiche dargestellt, zwischen denen es – selbst in „Schnittbereichen“ wie Seehäfen an

weitere Zwecke wie die Bekämpfung der Hochseepiraterie, die Außengrenzkontrolle zum Schutz der finanziellen Interessen der EU¹³⁵ sowie zur Bekämpfung illegaler Migration¹³⁶, des Drogenhandels¹³⁷ und der Piraterie¹³⁸ sowie die Fischereikontrolle¹³⁹ hinzu¹⁴⁰.

Dabei ist die EMSA nicht selbst operativ tätig; sie sammelt primär Daten über Hochseeschiffe und Verschmutzungen, bereitet diese auf¹⁴¹ und stellt sie den Seebehörden der Mitgliedstaaten, anderen Agenturen der EU sowie anderen internationalen Organisationen¹⁴² zur Verfügung. Die Daten werden primär über Satelliten¹⁴³, mittels AIS¹⁴⁴ und LRIT¹⁴⁵ sowie durch RPAS gesammelt¹⁴⁶. Letztere

Flussmündungen – keine Wechselwirkungen gibt. Nur die Seeschifffahrt ist Betätigungsfeld der EMSA.

135 In Zusammenarbeit mit OLAF (Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung; Office Européen de Lutte Anti-Fraude).

136 In Zusammenarbeit mit Frontex (Europäische Grenz- und Küstenwache; European Border and Coast Guard; Frontex nach frontières extérieures).

137 In Zusammenarbeit mit EMCDDA (Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht; European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction), ebenfalls mit Sitz in Lissabon, und MAOC (N) (Maritime Analysis and Operation Centre - Narcotics, eine intergovernmentale Arbeitsgruppe von sieben Mitgliedstaaten zur Bekämpfung der Einfuhr von Suchtmittel in die EU.

138 In Zusammenarbeit mit EU NAVFOR (European Union Naval Force).

139 In Zusammenarbeit mit EFCA (Europäische Fischereiaufsichtsagentur; European Fisheries Control Agency).

140 Daten werden durch die EMSA auch für das Copernicus Security Service, welches sich ua mit Krisenprävention und Außengrenzüberwachung beschäftigt, bereitgestellt. Im Rahmen von SafeMed wird durch die EMSA seit 2006 die Umsetzung Internationaler Übereinkommen im Bereich des maritimen Umweltschutzes und der Sicherheit auf See in den Mitgliedstaaten und Mittelmeeranrainerstaaten gefördert und technische Hilfe geleistet.

141 Dies auch unter Einbeziehung weiterer Daten, etwa Wetterdaten.

142 Etwa IMO, genannt wurde hier aber auch die NATO.

143 Bilder sowohl im optischen Bereich als auch in anderer Wellenlänge, letztere ua etwa zur Feststellung von durch Ölfilmen verursachten Reflexionen.

144 Automatic Identification System. Es handelt sich um einen von der IMO 2000 als verbindlich angenommenen Standard, nach dem Schiffe bestimmter Größe oder Passagieranzahl verpflichtet sind Funksignale im UKW-Frequenzbereich insbesondere auch über ihre Position abzugeben, wobei das Intervall maximal sechs Minuten (bei Fischereibooten allerdings offenbar zwei Stunden) beträgt. Die Reichweite beträgt etwa 60 bis 80 km, sohin war ein Empfang und eine Überwachung durch Seebehörden ursprünglich nur in Küstennähe möglich. Seit 2002 sind die Signale aber auch über Satellit empfangbar und dienen damit auch der Positionsbestimmung auf Hoher See.

145 Long-Range Identification and Tracking. Auch hier besteht aufgrund der Vorgaben der IMO für Schiffe bestimmter Größe die Verpflichtung zur Abgabe von Identifikationsdaten, welche jedoch – im Gegensatz zu den mittels AIS übermittelten Daten – in größeren Intervallen verschlüsselt und damit von anderen Schiffen nicht empfangbar sind sowie wenige weitere Informationen enthalten, dafür jedoch über größere Entfernungen empfangen werden können.

wiegen bis zu einer Tonne, sind im Betrieb billiger als bemannte Flugzeuge und ermöglichen mit 48 Stunden deutlich längere Flugzeiten als diese. Sie werden mit oder ohne Satellitenkommunikation gesteuert und beispielsweise dafür verwendet, Schiffe auf See zu lokalisieren und zu beobachten¹⁴⁷. Dabei stehen die verwendeten RPAS nicht im Eigentum der EMSA und werden von ihr auch nicht betrieben¹⁴⁸. Vielmehr werden an Unternehmen entsprechende Aufträge vergeben, gleiches gilt etwa für Schiffe für Rettungseinsätze, hier werden mit Reedereien langfristige Verträge abgeschlossen, mit denen diese verpflichtet werden, auf Abruf zur Unglücksstelle zu fahren und Hilfe zu leisten. Entsprechend stellt das Vergabewesen das Haupttätigkeitsfeld der aus fünf Juristen bestehenden Rechtsabteilung der EMSA dar, wobei die besondere Problematik darin besteht, dass hier auf Märkten und mit Unternehmen kontrahiert wird, die ansonsten nicht in öffentliche Beschaffungsvorgänge involviert sind, darüber hinaus regelmäßig flexible Lösungen benötigt werden¹⁴⁹. Dementsprechend hatten EuGH-Verfahren mit Beteiligung der EMSA¹⁵⁰ bislang Beschaffungsvorgänge zum Gegenstand, wobei lediglich im zeitlich ersten Verfahren der Beschaffungsvorgang – es handelte sich seinerzeit auch um den ersten der EMSA überhaupt – als nicht EU-rechtskonform beurteilt wurde, dies freilich acht Jahre nach seinem Abschluss.

Die von der EMSA gesammelten Daten werden den Anwendern als Web-Applikation oder mobile-App zur Verfügung gestellt, wobei eine laufende Überwachung durch den Anwender nicht notwendig ist, da er – im Falle des Vorliegens einer aus 24 vordefinierten Kategorien¹⁵¹ auszuwählenden Situation– eine Alarmbenachrichtung erhält.

Die erste von der EMSA bereitgestellte Datenplattform war das SafeSeaNet (SSN)¹⁵², welches zur Verhinderung von Unfällen und von Umweltverschmutzung eingerichtet wurde und 2006 den Betrieb

146 Insgesamt werden durch die EMSA etwa 20 Millionen Positionsdaten von 80.000 Schiffen pro Tag verarbeitet.

147 Etwa können sie in die Abgasfahne eines Schiffes geflogen werden, um dort durch Messungen die Verwendung verbotener Treibstoffe nachzuweisen.

148 Trotzdem scheint die EMSA sich auch an der technischen Entwicklung von RPAS zu beteiligen.

149 Entsprechend wurde Seitens der Leiterin der Rechtsabteilung beklagt, dass man innerhalb der Behörde als „Hemmschuh“ bei den Beschaffungsvorgängen wahrgenommen werde, weil man die Einhaltung der Vorgaben des Europäischen Vergaberechts sicherstellen wolle.

150 Soweit ersichtlich handelt es sich dabei um die Rechtssachen T-70/05 *Evropaiki Dynamiki/EMSA*, T-4/08 *EMSA/Portugal*, T-8/09 *Dredging International und Ondernemingen Jan de Nul/EMSA*, T-518/09 *Ecoceane/EMSA* sowie T-42/18 *AJ UY/EMSA*.

151 Genannt wurde beispielhaft die Unterschreitung einer Mindestentfernung zur Küste durch ein Schiff, das Eindringen eines Schiffes in ein als Sperrzone definiertes Gebiet oder die Unterschreitung eines Mindestabstandes durch zwei Schiffe.

152 Rechtsgrundlage bildet die Richtlinie 2002/59/EG, ergänzt durch die Richtlinien 2009/17/EG und 2011/15/EG.

aufnahm. Abrufbar sind die aktuellen (in nahezu Echtzeit) und (auch mehrere Jahre zurückliegend) historischen Positionen von Schiffen, in der Vergangenheit und aktuell angesteuerte Häfen, Schiffsdaten, geladene (Gefahren-)Güter¹⁵³ sowie sicherheitsrelevante und Verschmutzung verursachende Vorfälle an Bord in der Vergangenheit. 2007 folgte das CleanSeaNet (CSN)¹⁵⁴, es zeigt über Satellitenbilder und darauf wahrzunehmende Reflexionen in nahezu Echtzeit mögliche (Öl-) Verschmutzungen oder auch Schiffe, welche sich nicht durch AIS und LRIT identifizieren¹⁵⁵. Damit können die zuständigen nationalen Seebehörden binnen 30 Minuten ab Aufnahme durch den Satelliten verständigt werden. Im Falle von Verschmutzungen ist es über den Abgleich mit Wetter- und Meeresströmungsdaten und den Wegstrecken der Schiffe aus dem SSN möglich, den potentiellen Verursacher einer Verschmutzung zu eruieren. Die Verifizierung einer möglichen Verschmutzung sowie Sammlung weiterer Daten geschieht durch den Einsatz von RPAS, darüber hinaus gehende Ermittlungsmaßnahmen wie Durchsuchungen oder Zeugeneinvernahmen sind dann durch die nationalen (See-)Behörden durchzuführen.

Die von der EMSA angebotenen Datenplattformen werden nunmehr als Integrated Maritime Services (IMS) zusammengefasst. Durch die Harmonisierung der Daten und einheitliche Datenstruktur dienen sie dem Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, beeinflussen aber auch den Datenaustausch zwischen den Seebehörden innerhalb der Mitgliedstaaten positiv. Entsprechend sollen nicht nationale (Daten-)Systeme ersetzt sondern lediglich – als zusätzliche Plattform – der Datenaustausch ermöglichen werden. Das Vereinigte Königreich ist der Mitgliedstaat mit den meisten Benutzern des IMS.

Die EMSA wird betreffend von ihr beauftragter operativer Tätigkeiten – etwa durch den Einsatz von RPAS – nicht aus eigenem tätig sondern nur aufgrund eines durch einen Mitgliedstaat oder eine andere EU-Agentur gegebenen Auftrags¹⁵⁶. Gemäß den Verträgen mit den beauftragten Unternehmen beträgt die Vorlaufzeit zwischen vier und sechs Wochen, sind – etwa für RPAS Flug- – Genehmigungen des betreffenden Mitgliedstaats notwendig, dauert es in aller Regel länger diese einzuholen. Sind jedoch die Genehmigungen grundsätzlich erteilt und die Geräte vor Ort, dann ist ein Einsatz binnen weniger Stunden möglich.

153 Art und Menge des (Gefahren-)Gutes einschließlich der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen laut Angaben.

154 Rechtsgrundlage bilden die VO 724/2004 sowie die Richtlinien 2005/35/EG und 2009/123/EG.

155 Das Abschalten der auch zur Identifikation des Schiffs dienenden System AIS und LRIT scheint bei Schmuggelfahrten, aber auch im Fischereibereich vorzukommen, hier einerseits um Fangvorschriften zu umgehen, andererseits um andere Fischereiboote, die das eigene AIS-Signal empfangen können, über die selbst gewählte Fangroute im Unklaren zu lassen.

156 Im Jahr 2019 war dies bis zur Fachgruppenreise insbesondere im Bereich Ölverschmutzung sowie Überwachung und Nachweis von Verschmutzungen der Fall.

EMSA war die erste Seebehörde weltweit mit Satellitennutzung, ist nach Darstellung seiner Vertreter generell in ihrem Bereich durchaus als führend anzusehen und scheint daher für Seebehörden anderer Weltregionen Vorbildwirkung zu haben. Mit der Australischen Seebehörde kommt es einmal jährlich zum Informationsaustausch im Wege eines gegenseitigen Besuchs, mit den USA besteht hingegen keine enge Kooperation.

Frontex stellt einen Verbindungsbeamten bei EMSA, eine Kooperation beider Behörden findet im Rahmen von EUROSUR¹⁵⁷ sowie seit Oktober 2016 institutionalisiert gemeinsam mit EFCA zwischen den drei maritimen Agenturen der EU statt, wobei EMSA jeweils für die Datenbereitstellung zuständig ist. Auch Frontex assistiert als EU-Agentur den Mitgliedstaaten lediglich.

Frontex analysiert die von EMSA abgefragten Daten etwa auf anormale Schiffsbewegungen, welche Hinweise auf illegale Immigration geben können, und gleicht Reflexionen auf Satellitenbildern mit Positionsdaten von Schiffen ab, um Schiffe mit ausgeschaltetem AIS und LRIT aufzuspüren. Einmal wöchentlich werden von Frontex Schiffe nach bestimmten Kriterien ausgesucht¹⁵⁸ und sodann die bei EMSA gespeicherten Daten dieser Schiffe¹⁵⁹ analysiert. Beispielsweise wurde der Fall eines Schiffes genannt, welches von Griechenland nach Syrien fuhr, dort wurde im Hafen sodann für einige Stunden das AIS ausgeschaltet, über Satellitenbilder konnte erkannt werden, dass das Schiff seine Position im Hafen gewechselt und zwei Container geladen hatte. Sodann fuhr es – mit neuer AIS-Kennung, es konnte jedoch über Satellitenbilder als ident identifiziert werden – nach Griechenland zurück. Durch weitere Ermittlungen konnte festgestellt werden, dass es sich um eine Schmuggelfahrt (Zigaretten) gehandelt hatte. Die Durchsuchung des Schiffes und Strafverfolgung erfolgte sodann durch die (lokalen) griechischen Behörden.

Betreffend die Verschmutzung der Meere durch Schiffe und deren Sanktionierung stellt die Richtlinie 2005/35/EG (idF 2009/123/EG) auf Europäischer Ebene die Rechtsgrundlage dar, in deren Anhang werden Öl und (andere) schädliche flüssige Stoffe als Schadstoffkategorien angeführt. Darüber hinaus führt das Internationale Übereinkommen von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in seiner 1978 geänderten Fassung¹⁶⁰ zwar weitere vier Schadstoffkategorien¹⁶¹ an, jedoch ist

157 European Border Surveillance System. In diesem Rahmen soll die Kooperation der Grenzschutzbehörden der Mitgliedstaaten und von Frontex zum Schutz der Schengen-Grenzen gefördert werden.

158 Beispielsweise mehr als 20 Jahre alte Schiffe, da für Schmuggelfahrten und illegale Immigration vorwiegend solche Schiffe verwendet werden; häufige Änderung des Namens in der Vergangenheit.

159 Etwa bisherige Wegstrecken.

160 International Convention for the Prevention of Marine Pollution from Ships, 1973, auch MARPOL 73/78 (marine pollution).

161 Gefährliche Güter in Containern, Abwässer von Schiffen, Schiffsmüll und Luftverschmutzung durch Schiffe. Jedoch dürfen Schiffe bestimmter Größe abseits unmittelbarer

EMSA hinsichtlich dieser bislang nicht mandatiert. Gerade im Bereich der Verschmutzung der Meere durch Schiffe wurde der Zeitfaktor als essentiell dargestellt um Verantwortliche zu identifizieren und zu verfolgen. Wird durch ein Schiff etwa Betriebsöl ausgelassen, sollte der zuständige Mitgliedstaat binnen 20 Minuten nach Aufnahme der Verschmutzung durch Satellitenbild verständig sein, EMSA eruiert in diesem Fall über Abgleich mit seinen Datenbanken einen möglichen Verschmutzer und sammelt – soweit dazu beauftragt – durch Einsatz von RPAS weitere Daten. Ermittlungsmaßnahmen wie Durchsuchung des Schiffs (im nächsten Hafen), Einvernahme von Zeugen (einschließlich der Verwertung von Aussagen von Whistle-Blower) sind, ebenso wie die Strafverfolgung, durch die zuständigen Mitgliedstaaten durchzuführen, wobei EMSA hinsichtlich der Eruiierung der internationalen Gerichtsbarkeit und Koordination der Mitgliedstaaten Hilfestellung leistet¹⁶².

Küstennähe mechanisch behandelte und desinfizierte Abwässer ins Meer einleiten, was dazu führt, dass es – entlang der Schiffrouten – zu einer verstärkten Verschmutzung durch solche Abwässer kommt.

162 Ebenso wird in einer post-case-Analyse versucht, Erkenntnisse für die Zukunft zu gewinnen.